

Münchener Anwaltshandbuch Straßenverkehrsrecht

5., überarbeitete Auflage 2020
ISBN 978-3-406-72938-6
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Hans Buschbell/Bernd Höke (Hrsg.)
Münchener AnwaltsHandbuch
Straßenverkehrsrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Münchener Anwalts Handbuch

Straßenverkehrsrecht

Begründet von

Hans Buschbell †

weiland Rechtsanwalt in Düren und Köln

Herausgegeben von

Bernd Matthias Höke

Rechtsanwalt in Dortmund

Bearbeitet von:

Klaus Baschek, Rechtsanwalt und Notar in Gelsenkirchen; *Dr. Arnd Böhmer*, LL. M., Rechtsanwalt in Dortmund; *Ulrike Dronkovic*, Rechtsanwältin in Köln; *Henning Hamann*, Rechtsanwalt in Dortmund; *Bernd Matthias Höke*, Rechtsanwalt in Dortmund; *Paul Kuhn*, Rechtsanwalt in Diedorf; *Dr. Daniela Mielchen*, Rechtsanwältin in Hamburg; *Joachim Otting*, Rechtsanwalt in Hünxe; *André Samberg*, Rechtsanwalt in Hamm; *Michael Schacht*, Rechtsanwalt in Hannover; *Dr. Markus Schäpe*, Rechtsanwalt in München; *Stephan Schmid*, Rechtsanwalt in Kassel; *Nicole Vater*, Rechtsanwältin in Regensburg; *Dr. Thomas Züll*, Richter am Verwaltungsgericht Aachen.

5., überarbeitete Auflage 2020



Zitiervorschlag:
MAH StraßenverkehrsR/*Bearbeiter* § . . . Rn. . . .


DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 72938 6

© 2020 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Kösel GmbH & Co. KG
Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame,
München
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 5. Auflage

Nachdem seit Erscheinen der 4. Auflage fünf Jahre vergangen sind, haben sich Verlag und neuer Herausgeber entschlossen, das Werk fortzuführen. Dank des leider im Jahr 2016 verstorbenen Kollegen *Hans Buschbell*, der das Werk konzipiert und bis zu seinem Ableben weiterentwickelt hat, ist das Handbuch zu einem wichtigen Wegbegleiter vieler verkehrsrrechtlich ausgerichteter Kanzleien geworden. Das Konzept, ein praxisorientiertes Handbuch aufzulegen, das einerseits die erforderlichen Handreichungen für die Bewältigung der typischen Fälle in diesen Rechtsgebieten liefert, andererseits aber auch die konkreten Fundstellen und Quellen zur Vertiefung einzelner Rechtsprobleme oder der Lösung von Spezialfällen anbietet, wird beibehalten.

Kaum ein Rechtsgebiet wird so stark unterschätzt wie das Straßenverkehrsrecht. In den letzten Jahren gab es eine Vielzahl von Gesetzesänderungen, neuen Regelungen und eine Entwicklung in der Rechtsprechung, die ständige Aufmerksamkeit und regelmäßige Fortbildung erfordern.

Das betrifft zum einen das Verkehrszivilrecht, das immer stärker von den Versuchen geprägt ist, die Schadensersatzansprüche der Geschädigten einzudämmen, weil durch den harten Wettbewerb der Autoversicherer untereinander auch ein Wettbewerb in der Kostenreduzierung entbrannt ist. Das führt zu Auswüchsen, deren Korrektur alle Gerichtsinstanzen beschäftigt, wobei zu beobachten ist, dass nur ein Teil der Geschädigten ihr Recht auch gerichtlich durchsetzt. Zusätzlich ergeben sich neue Betätigungsfelder wie z. B. das neu geschaffene Hinterbliebenengeld, die Fahrerschuldversicherung und die Zulassung und Haftung von E-Rollern. Zum anderen ist das verkehrsrechtliche Verwaltungsverfahren betroffen, das kurz vor Erscheinen der Voraufgabe reformiert worden ist, insbesondere indem eine gravierende Änderung des Punktesystems eingeführt worden ist. Die Erfahrungen mit den neuen Regelungen konnten erst in dieser Neuauflage behandelt werden.

Einige Teile des Buchs sind daher stärker überarbeitet worden, insgesamt ist es auf dem Stand September 2019 aktualisiert worden. Durch die Mischung aus bewährten und neu hinzugekommenen, erfahrenen Autorinnen und Autoren ist die Kontinuität in der Qualität und Praxistauglichkeit des Werkes sichergestellt. Ausgeschieden sind *Dr. Frank Baumann* und Prof. *Harald Geiger*; neu hinzugekommen sind für die 5. Auflage die Rechtsanwältinnen *Ulrike Dronkovic* und *Nicole Vater*, die Herren Anwaltskollegen *Dr. Arnd Böhmer*, *Henning Hamann*, *André Samberg*, *Michael Schacht* und *Stephan Schmid* sowie der Richter am Verwaltungsgericht *Dr. Thomas Züll*.

Ich versuche als neuer Herausgeber und Autor/im Team mit Verlag und Autoren die Ansprüche, die die Nutzerinnen und Nutzer an ein solches Praxis-Handbuch stellen, bestmöglich zu erfüllen. Deshalb sind wir dankbar für alle Anregungen, mit denen wir das Werk in diesem Sinne weiterentwickeln können.

Dortmund, im November 2019

Bernd Höke

Vorwort zur 1. Auflage

Das vorliegende Werk als Anwaltshandbuch zum Straßenverkehrsrecht, also als umfassendes Werk zu diesem speziellen Rechtsgebiet, behandelt diese umfangreiche Rechtsmaterie in einem Band in vier Teilbereichen, nämlich – Verkehrsstraß- und OWi-Recht, – verwaltungsrechtliche Führerscheilverfahren, – Straßenverkehrshaftungsrecht, – Recht der Kraftfahrtversicherung.

Die Darstellung des Straßenverkehrsrechtes in den vorgenannten vier Teilbereichen wurde erstmals vom Verfasser in dem vorangegangenen Werk mit dem Titel „Straßenverkehrsrecht in der Praxis“ angewandt. Ziel des Werkes ist es zunächst, die genannten Teilbereiche des Straßenverkehrsrechtes, orientiert an der gebotenen ganzheitlichen Betrachtung, in ihren rechtlichen Verknüpfungen und Wechselwirkungen darzustellen. Hierbei ist nämlich zu vergegenwärtigen, dass bei allen genannten Teilbereichen verknüpfte rechtliche Konsequenzen in Betracht kommen. So haben z.B. die Einlassung und das Ergebnis eines Ermittlungs-, Straf- oder OWi-Verfahrens Auswirkungen auch auf das Recht der Fahrerlaubnis, also das Behalten oder die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis, die Feststellungen zur Eignung und speziell zu den Voraussetzungen der Wiedererteilung der Fahrerlaubnis, z. B. nach Entzug im Strafverfahren. Ebenso haben Einlassungen und das Ergebnis eines Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahrens Auswirkungen auf die haftungsrechtliche Beurteilung beim Unfallschaden. Weiter können sich Konsequenzen ergeben zum Versicherungsschutz, etwa in der Fahrzeugversicherung und auch hinsichtlich eines potenziellen Regresses der Versicherung als Pflichtversicherung, z. B. bei der Teilnahme am Straßenverkehr unter der Wirkung von Alkohol, Drogen oder bei dem etwa im Raum stehenden Vorwurf der Verkehrsunfallflucht. Die aufgezeigten Zusammenhänge und Wechselwirkungen müssen bei der Bearbeitung einer verkehrsrechtlichen Angelegenheit gesehen und im Sinne des Betroffenen richtig behandelt werden.

Die Komplexität, Schwierigkeit und die nicht selten existenzielle Bedeutung eines straßenverkehrsrechtlichen Vorganges für Betroffene werden in der Praxis häufig nicht richtig oder zu gering eingeschätzt. Ebenso werden die rechtlichen Zusammenhänge in der Praxis nicht selten übersehen, und dies kann für Betroffene erhebliche, manchmal existenzielle Nachteile haben. Ziel des Werkes ist es, einmal die Materie „Straßenverkehrsrecht“ umfassend und insbesondere in den verknüpften Rechtsfolgen darzustellen und dem Benutzer einen umfassenden Leitfaden zu bieten. Die Kenntnis von der Materie „Straßenverkehrsrecht“ und von den rechtlichen Zusammenhängen schafft Kompetenz und Sicherheit bei der Bearbeitung eines verkehrsrechtlichen Sachverhaltes.

Bei der facetten- und ebenso umfangreichen Materie des Straßenverkehrsrechtes ist es erkennbar schwierig, alle Einzelfragen umfassend und vertieft zu behandeln. Bei der Themenbehandlung erschien es aber besonders wichtig, auf alle Einzelfragen einzugehen. Hierzu kann verwiesen werden auf die umfassende und differenzierte Gliederung. Es wurde Wert darauf gelegt, alle praxisrelevanten Fragen umfassend darzustellen, so dass das Werk eine weitere Grundlage ist für die Bearbeitung eines verkehrsrechtlichen Mandates. Andererseits will das Werk nicht Anspruch auf wissenschaftliche Vertiefung von Einzelfragen erheben. Hierzu werden im Einzelfall Hinweise auf weiterführende und vertiefende Literatur gegeben. Die Verbindung zwischen der praxisorientierten Darstellung und den umfassenden Hinweisen auf weiterführende und vertiefende Literatur rechtfertigt den Anspruch des Werkes, „Anwaltshandbuch des Straßenverkehrsrechtes“ zu sein.

Die dem Werk vorangestellte Inhaltsübersicht und die umfassende Gesamtgliederung, orientiert an der Einteilung des Werkes in die vier Kernthemen des Verkehrsrechtes, ermöglichen einen sicheren Überblick über die Thematik und das Auffinden der Darstellung zu Einzelthemen. Die Nutzung des Werkes soll auch noch dadurch erleichtert werden, dass jedem der 49 Paragraphen wiederum die Gliederung zum jeweiligen Themenbereich vorangestellt ist in Verbindung mit der Darstellung der jeweiligen Spezialliteratur.

Vorwort

Jeder der vier Kernbereiche der Materie „Straßenverkehrsrecht“ wird behandelt entsprechend dem Bearbeitungsablauf, also beginnend mit der Annahme des Mandates, der Sachverhaltsdarstellung, bis hin zur finanziellen bzw. Gebührenabwicklung und der eventuellen Beteiligung von Rechtsschutz. Die Themenbehandlung hat die Position desjenigen vor Augen, der eine verkehrsrechtliche Angelegenheit zu regeln hat, speziell des Anwaltes, der einen in einer Verkehrsangelegenheit Betroffenen zu beraten und/oder zu vertreten hat. Dies kommt auch in einer Besonderheit des Werkes zum Ausdruck. So werden in jedem der vier Teilbereiche des Werkes, orientiert an der speziellen Thematik, bestimmte, sich zu jedem Themenbereich wiederholende Problemstellungen behandelt, nämlich

- Mandatsannahme und -organisation,
- Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren,
- Beteiligung von Rechtsschutz sowie
- Vergütung des Anwaltes einschließlich Beratungs- und Prozesskostenhilfe.

Um die Arbeit in der praktischen Abwicklung zu unterstützen, werden zahlreiche Checklisten, so z.B. zur Annahme des Mandates oder zu Schadenpositionen, geboten. Darüber hinaus sind zu zahlreichen Einzelfragen Übersichten integriert. Weiter werden jeweils im Text zu wichtigen und sich wiederholenden Arbeitsschritten Mustertexte und Formulierungsvorschläge geboten. Hierdurch soll die Abwicklung von routinemäßigen und sich wiederholenden Arbeitsschritten und insbesondere Schriftsätzen erleichtert und eine rationelle Arbeitsweise gefördert werden.

Anliegen und Zielsetzung des Werkes, eine praxisorientierte Darstellung der Materie „Straßenverkehrsrecht“ zu bieten, wird ergänzt durch einen Anhang. Dieser bietet zu jedem der genannten Teilbereiche des „Straßenverkehrsrechts“ zunächst einen Mustertext für die sinnvolle Information des Mandanten zum Ablauf der verkehrsrechtlichen Angelegenheit. Darüber hinaus enthält der dem Werk angefügte Anhang zu jedem Teilbereich wichtige Informationen und praxisorientierte Arbeitshilfen und Übersichten.

Besonders dankbar bin ich für die hilfreiche und engagierte Unterstützung durch Frau Gabi Frank bei der Erstellung des Manuskriptes. Dem Verlag C.H. Beck, namentlich Herrn Dr. Schäfer, danke ich für die professionelle Unterstützung.

Das Werk will eine kompakte und zugleich umfassende Grundlage für die Bearbeitung von Angelegenheiten des Straßenverkehrsrechtes sein. Die Themen werden praxisorientiert behandelt mit ausführlichen Hinweisen auf Rechtsprechung sowie weiterführende und vertiefende Literatur. Rechtsprechung und Literatur sind bearbeitet zum Stand vom 1. März 2001.

Autor und Verlag sind für Anregungen zur weiteren Entwicklung des Werkes dankbar.

Düren/Köln, im April 2001

Hans Buschbell



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	Seite
Inhaltsverzeichnis	V
Bearbeiterverzeichnis	XI
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XLIII
	XLV

Teil A. Mandatsannahme und -organisation

§ 1 Allgemeine Grundlagen der Mandatsannahme und -organisation in verkehrsrechtlichen Angelegenheiten (<i>Baschek</i>)	1
--	---

Teil B. Das verwaltungsrechtliche Führerscheinverfahren (Erteilung, Entzug, Wiedererteilung)

§ 2 Mandatsannahme und -organisation im Führerscheinverfahren (<i>Baschek</i>)	21
§ 3 Erwerb und Geltung der Fahrerlaubnis sowie Fragen zur im Ausland erworbenen Fahrerlaubnis (<i>Dronkovic</i>)	24
§ 4 Die Voraussetzungen für die Erteilung und Wiedererteilung der Fahrerlaubnis (<i>Dronkovic</i>)	50
§ 5 Allgemeine Maßnahmen und Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde bei Probeführerschein und nach dem Punktsystem (<i>Dronkovic</i>)	112
§ 6 Beratung und Therapien (<i>Dronkovic</i>)	131
§ 7 Rechtsschutz und Rechtsschutzverfahren im Verkehrsverwaltungsrecht (<i>Züll</i>)	143
§ 8 Beteiligung von Rechtsschutz im verwaltungsrechtlichen Führerscheinverfahren (<i>Baschek</i>)	163
§ 9 Die Anwaltsvergütung im verwaltungsrechtlichen Führerscheinverfahren (<i>Baschek</i>)	170

Teil C. Das verkehrsrechtliche Straf- und OWi-Verfahren

§ 10 Mandatsannahme und -organisation im Straf- und OWi-Verfahren (<i>Schäpe</i>)	181
§ 11 Beratung, Bestellung und Tätigkeit als Verteidiger im Ermittlungsverfahren (<i>Schäpe</i>)	201
§ 12 Feststellung von Verkehrsverstößen (<i>Schäpe</i>)	224
§ 13 Klärung von Rechtsfragen (<i>Schäpe</i>)	262
§ 14 Verteidigertätigkeit in der Hauptverhandlung (<i>Schäpe</i>)	305
§ 15 Verteidigung und Vertretung bei – drohender – Führerscheinmaßnahme (<i>Schäpe</i>)	327
§ 16 Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren (<i>Schäpe</i>)	354
§ 17 Kostenerstattung und Gesuche (<i>Schäpe</i>)	369
§ 18 Nebenklage und Adhäsionsverfahren (<i>Schäpe</i>)	373
§ 19 Beteiligung von Rechtsschutz im verkehrsrechtlichen Straf- und OWi-Verfahren (<i>Baschek</i>)	378
§ 20 Die Anwaltsvergütung im verkehrsrechtlichen Straf- und OWi-Verfahren (<i>Baschek</i>)	400
Anhang Teil C (<i>Schäpe</i>)	427

Inhaltsübersicht

Teil D. Haftungs- und Schadensrecht

	Seite
§ 21 Mandatsannahme und -organisation im Haftungs- und Schadensrecht (<i>Baschek</i>)	455
§ 22 Die außergerichtliche Geltendmachung von Haftpflichtansprüchen gegen Schädiger und Haftpflichtversicherung – Schadenmanagement (<i>Kuhn</i>)	457
§ 23 Haftungsrecht und Beweisfragen (<i>Kuhn</i>)	507
§ 24 Der Sachschaden – Grundlagen und einzelne Schadenpositionen (<i>Hamann/Kuhn</i>)	580
§ 25 Die Regulierung von Personenschäden – Haftungs- und Beweisfragen (<i>Kuhn</i>)	631
§ 26 Die Ansprüche bei Schwerstverletzungen – Personengroßschäden (<i>Buschbell/Höke/Schacht</i>)	650
§ 27 Die Ansprüche mittelbar Geschädigter und Dritter (<i>Höke/Schacht</i>)	745
§ 28 Schadensminderungspflicht und Vorteilsausgleich (<i>Kuhn</i>)	769
§ 29 Der Arbeits- und Wegeunfall (<i>Kuhn</i>)	780
§ 30 Der Regress des Sozialversicherungsträgers und sonstiger Leistungsträger (<i>Schacht</i>)	796
§ 31 Der Unfall mit Auslandsberührung (einschließlich Unfall mit Stationie- rungsstreitkräften) (<i>Kuhn</i>)	814
§ 32 Die Beteiligung von Rechtsschutz und Prozessfinanzierung (<i>Baschek</i>)	831
§ 33 Die Anwaltsvergütung bei der Unfallschadenabwicklung (<i>Baschek</i>)	855
Anhang Teil D (<i>Baschek</i>)	885

Teil E. Verfahrensrecht, Steuerrecht und Haftungsrecht

§ 34 Fristen, Verzug, Verjährung (<i>Kuhn</i>)	905
§ 35 Steuerliche Aspekte der Unfallschadenregulierung (<i>Höke</i>)	914
§ 36 Verhandlung, Kapitalisierung und Abfindungsvergleich (<i>Buschbell/Schacht</i>)	921
§ 37 Der Kraftschadenprozess (<i>Buschbell/Vater</i>)	940
§ 38 Der Anwalt in eigener Sache, Haftungsrisiko und Rechtsdienstleistungs- gesetz (<i>Buschbell/Vater</i>)	970

Teil F. Vertragliche Beziehungen im Verkehrsrecht – „Verkehrsvertragsrecht“

§ 39 Mandatsannahme und -organisation im Verkehrsvertragsrecht (<i>Hamann</i>)	976
§ 40 Der Pkw-Kauf (<i>Otting</i>)	980
§ 41 Das Pkw-Leasing (<i>Hamann</i>)	1042
§ 42 Die Pkw-Reparatur (<i>Hamann</i>)	1055

Teil G. Die Kraftfahrtversicherung

§ 43 Mandatsannahme und -organisation im Kraftfahrtversicherungsrecht (<i>Baschek</i>)	1069
§ 44 Rechtsgrundlagen der Kraftfahrtversicherung (<i>Samberg</i>)	1070
§ 45 Der Versicherungsvertrag in der Kraftfahrtversicherung (<i>Samberg</i>)	1090
§ 46 Die Kraftfahrthaftpflichtversicherung (<i>Schmid</i>)	1120
§ 47 Die Fahrzeugversicherung – Teilkaskoversicherung (A.2.2.1 AKB 2015) (<i>Böhmer</i>)	1146
§ 48 Die Fahrzeugversicherung – Vollkaskoversicherung (A.2.2.2 AKB 2015) (<i>Böhmer</i>)	1165
§ 49 Die Kfz-Unfallversicherung (A.4 AKB 2015) (<i>Schmid</i>)	1183
§ 50 Schutzbriefversicherung (A.3 AKB 2015) (<i>Böhmer</i>)	1189
§ 51 Fahrerschutzversicherung (A.5 AKB 2015) (<i>Böhmer</i>)	1194

Inhaltsübersicht

	Seite
§ 52 Leistungsfreiheit und Regress in der Kraftfahrtversicherung (<i>Schmid</i>)	1200
§ 53 Verfahrensrecht in der Kraftfahrtversicherung (<i>Schmid</i>)	1208
§ 54 Die Beteiligung von Rechtsschutz in der Kraftfahrtversicherung (<i>Baschek</i>)	1222
§ 55 Die Anwaltsvergütung in der Kraftfahrtversicherung (<i>Baschek</i>)	1231
Anhang Teil G (<i>Böhmer/Samberg/Schmid</i>)	1239

Teil H. Sonstige Rechtsgebiete und Verfahren mit straßenverkehrsrechtlichem Bezug

§ 56 Sozialvorschriften – Lenk- und Ruhezeiten (<i>Mielchen</i>)	1283
§ 57 Transportrecht, Gefahrgut und LKW-Maut (<i>Mielchen</i>)	1309
§ 58 Einziehungsverfahren gemäß § 29a OWiG (<i>Mielchen</i>)	1355
§ 59 Neuregelungen durch die Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung (<i>Höke</i>)	1373
Sachverzeichnis	1377


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Teil A. Mandatsannahme und -organisation

	Seite
§ 1 Allgemeine Grundlagen der Mandatsannahme und -organisation in verkehrsrechtlichen Angelegenheiten	
I. Der Verkehrsunfall – ein Massenphänomen	2
1. Der Verkehrsunfall – ein Massenphänomen, Ursache für menschliche Tragik und wirtschaftliche Beeinträchtigungen	2
II. Das Verkehrsrecht – eine facettenreiche Materie	4
1. Die verschiedenen Rechtsgebiete mit Bezug zum Verkehrsrecht	4
2. Die Organisation der Mandatsführung	5
3. Checkliste zur Mandatsannahme und Mandatsabwicklung für außergerichtliche Geltendmachung und Kraftschadenprozess	5
III. Die Gefahr der Interessenkollision	7
1. Die Gefahr der Interessenkollision, speziell im Straßenverkehrsrecht	8
2. Die Gefahr des Parteiverrates	9
3. Möglichkeiten zum Ausschluss der Doppelvertretung	9
IV. Organisation der Akte und Korrespondenz sowie Nutzung moderner Technik	10
1. Unfallaufnahme sowie Mandanten- und Stammdatenerfassung	10
2. Nutzung von Arbeitshilfen	13
3. Nutzung elektronischer Kommunikation	14
4. Anwaltsvertrag als Fernabsatzvertrag	14
V. Die notwendige Kompetenz und Wissensmanagement	15
1. Die notwendige Kompetenz	15
2. Kommunikation zwischen Anwalt und Mandant	16
3. Wissensmanagement	16
VI. Kooperation mit Spezialisten	16
VII. Besonderheiten beim Auslandsunfall	17
1. Allgemeines	17
2. Das richtige Vorgehen	17
3. Die Schadenpositionen	17
VIII. Der Unfall mit Schwerverletzten – eine besondere Herausforderung	17
IX. Die Beteiligung von Rechtsschutz	17
X. Die Vergütungsfrage	18
1. Die gesetzliche Vergütung	18
2. Hinweispflichten des Rechtsanwaltes	18
3. Die Vergütungsvereinbarung und Erfolgshonorar	19

Teil B. Das verwaltungsrechtliche Führerscheinverfahren (Erteilung, Entzug, Wiedererteilung)

§ 2 Mandatsannahme und -organisation im Führerscheinverfahren	
I. Mandatsannahme und Beratung	21
1. Existenzielle und wirtschaftliche Bedeutung der Fahrerlaubnis	21
2. Die Möglichkeiten, die Fahrerlaubnis zu erhalten, zu behalten oder wiederzuerlangen	21
3. Beratung zu besonderen Möglichkeiten	22
II. Vergütung und Rechtsschutzdeckung	22
III. Konkrete Ratschläge zu Verhalten und Vorgehen	22

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 3 Erwerb und Geltung der Fahrerlaubnis sowie Fragen zur im Ausland erworbenen Fahrerlaubnis	
I. Rechtliche Grundlagen	25
1. Überblick	25
2. Die wichtigsten Regelungen im Einzelnen	25
II. Erwerb der Fahrerlaubnis	27
1. Grundsatz der Freiheit zur Teilnahme am Straßenverkehr	27
2. Die Erlaubnispflicht für das Führen von Kraftfahrzeugen	29
3. Fahrerlaubnis auf Probe, Vorbesitz anderer Fahrerlaubnisklassen, Befristung und Einschränkung der Fahrerlaubnis	35
4. Erteilung der Fahrerlaubnis	37
5. Neuerteilung der Fahrerlaubnis	40
6. Verlängerung einer Fahrerlaubnis	40
7. Ersatzführerschein	41
8. Internationaler Führerschein	41
III. Im Ausland erworbene Fahrerlaubnisse	42
1. Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis ohne deutschen Wohnsitz	42
2. Inhaber einer EG- und EWR-Fahrerlaubnis mit deutschem Wohnsitz	44
3. Inhaber einer Drittstaaten-Fahrerlaubnis mit deutschem Wohnsitz	49
§ 4 Die Voraussetzungen für die Erteilung und Wiedererteilung der Fahrerlaubnis	
I. Die Begriffe der Eignung und Ungeeignetheit	52
1. Der Begriff der Eignung	52
2. Bedingte Eignung	54
3. Teileignung	54
II. Eignungszweifel bei Alkoholproblematik	55
1. Rechtliche Grundlagen	55
2. Die Fälle der alkoholbedingten Fahrungeeignetheit	55
3. Wiederherstellung der Eignung	57
III. Eignungszweifel bei Drogenproblematik	60
1. Die verstärkte Drogenproblematik	60
2. Kontrollen und Maßnahmen der Polizei	61
3. Die Beurteilung der Eignung bei Drogenkonsum in der Rspr.	62
4. Wiederherstellung der Eignung	67
IV. Die Prüfung der Eignung	69
1. Allgemeines	69
2. Die Aspekte bei der Eignungsprüfung im Einzelnen	71
3. Besondere Eignungsanforderungen für die Fahrerlaubnis der Klassen D, D1, DE und D1E sowie zur Fahrgastbeförderung	72
4. Änderungen in den Eignungsvoraussetzungen	73
5. Bedeutung der strafrechtlichen Beurteilung der Eignung für die Fahrerlaubnisbehörde	76
6. Konsequenzen aus der strafrechtlichen Beurteilung der Ungeeignetheit	76
7. Erkenntnisquellen für die Fahrerlaubnisbehörde	79
V. Die Befähigung	81
1. Die Befähigung und ihr Nachweis durch theoretische und praktische Prüfung	81
2. Ausnahmen vom Erfordernis des Nachweises der Befähigung	82
VI. Mögliche Anlässe zur Begutachtung, Anforderungen an Begutachtungen und Inhalt des Gutachtens	83
1. Einzelfragen zu möglichen Anlässen der Begutachtung für Fahreignung im Verwaltungsverfahren	83
2. Musterschriftsätze bei Anordnung zur Begutachtung der Fahreignung	96

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VII. Rechtliche Anforderungen an eine Begutachtungsanordnung	97
1. Gesetzliche Grundlagen der Begutachtung	97
2. Das Begutachtungsverfahren	104
3. Erneute Begutachtung, Obergutachten	107
VIII. Anforderungen an Gutachten	108
1. Notwendiger Inhalt des Gutachtens	108
2. Auswertung des Gutachtens	109
§ 5 Allgemeine Maßnahmen und Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde bei Probeführerschein und nach dem Punktsystem	
I. Allgemeine Maßnahmen (Verkehrsunterricht, Fahrtenbuch)	113
1. Verkehrsunterricht	113
2. Fahrtenbuch	114
II. Maßnahmen bei Fahrerlaubnis auf Probe	117
1. Voraussetzungen für Maßnahmen	117
2. Die Maßnahmen im Einzelnen	117
3. Neuerteilung der Fahrerlaubnis auf Probe nach Entziehung	120
4. Maßnahmen nach Neuerteilung der Fahrerlaubnis auf Probe	121
5. Übersicht: Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde bei Fahrerlaubnis auf Probe	121
III. Das Fahreignungs-Bewertungssystem, das Fahreignungsregister und sonstige Register	122
1. Fahreignungsregister, Grundlagen und Zweckbestimmung	122
2. Eintragungen in das Fahreignungsregister	122
3. Tilgung von Eintragungen	123
4. Verwertung von Eintragungen	125
IV. Maßnahmen nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem	126
1. Punktebewertung	127
2. Die in Betracht kommenden Maßnahmen	127
3. Besonderheiten bei speziellen Sachverhalten der Punkteberechnung	129
4. Neuerteilung der Fahrerlaubnis nach Entziehung	130
§ 6 Beratung und Therapien	
I. Sachverhaltsklärung	131
1. Akteneinsicht gemäß § 29 VwVfG, § 100 VwGO	131
2. Auswertung der Akten	132
3. Hinweis auf Vorbereitungskurse durch Fahrerlaubnisbehörde	132
II. Frühzeitige Darstellung der Problematik	133
1. Das Mandantengespräch	133
2. Information und Belehrung für Betroffene	134
3. Die Nutzung der Zeit ab – drohender – Entziehung der Fahrerlaubnis	135
III. Vorbereitung auf Begutachtung für Fahreignung	135
1. Vorbereitung ist sinnvoll und notwendig	135
2. Möglichkeiten der Vorbereitung auf die Begutachtung	136
3. Die Begutachtung für Fahreignung und das richtige Verhalten – Ratschläge an den Mandanten	137
4. Information über den Ablauf der Begutachtung	139
5. Beratung bei negativem Ergebnis der Begutachtung	140
IV. Gebühren und Kosten für die Teilnahme an Kursen und Begutachtung	141
1. Verwaltungsgebühren	141
2. Die Kosten der Begutachtung	141
3. Kosten für Teilnahme an Kursen	141
4. Anwaltsgebühren	141

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 7 Rechtsschutz und Rechtsschutzverfahren im Verkehrsverwaltungsrecht	
I. Mandanteninteresse und Verfahrensbeschleunigung	144
1. Verfahrensbeschleunigung vor dem Verwaltungsverfahren	144
2. Verfahrensbeschleunigung während des Verwaltungsverfahrens	144
3. Verfahrensbeschleunigung durch Eilrechtsschutz	144
II. Maßnahmen außerhalb des förmlichen Rechtsbehelfsverfahrens	145
1. Die Anordnung zur Beibringung eines Gutachtens	145
2. Erörterung mit der Fahrerlaubnisbehörde	147
3. Dienstaufsichtliche Maßnahmen	147
III. Die einzelnen Rechtsbehelfe	147
1. Grundsätzliches	147
2. Widerspruch	148
3. Klage zum Verwaltungsgericht	148
4. Vorgehen bei sofortiger Vollziehbarkeit	154
5. Beschwerde	158
6. Berufung	159
7. Revision/Sprungrevision	161
8. Wiedereinsetzung	161
IV. Streitwert	162
§ 8 Beteiligung von Rechtsschutz im verwaltungsrechtlichen Führerscheilverfahren	
I. Der Versicherungsschutz	163
1. Allgemeines	163
2. Die Regelungen in den ARB	164
II. Die Rechtsschutzdeckung im Verkehrsverwaltungsrecht	165
1. Mögliche Fallgestaltungen	165
2. Verkehrsrechtliche Anordnungen ohne Rechtsschutzdeckung im verkehrsrechtlichen Verwaltung-Rechtsschutz	166
III. Voraussetzungen der Rechtsschutzgewährung	166
1. Vorliegen eines Versicherungsfalles	166
2. Interessenwahrnehmung vor Verwaltungsbehörde oder Verwaltungsgericht	167
IV. Leistungsumfang	168
1. Der Leistungsumfang nach ARB	168
2. Kosten/Gebühren für Begutachtung für Fahreignung (BfF)/MPU	168
§ 9 Die Anwaltsvergütung im verwaltungsrechtlichen Führerscheilverfahren	
I. Kosten	170
II. Gebühren der Fahrerlaubnisbehörde	172
III. Anwaltsvergütung	172
1. Beratung	172
2. Außergerichtliche Gebühren im Verwaltungsverfahren	173
3. Gebühren-/Auslagenerstattung	176
4. Die Gebühren im Verfahren vor den Verwaltungsgerichten	177
IV. Gegenstandswert	177
1. Allgemeines/Grundlagen	177
2. Streitwertkatalog für die Verwaltungsgerichtsbarkeit, speziell zum Bereich Verkehrsrecht (Fassung 31.5./1.6./18.7.2013)	178
V. Beratungs- und Prozesskostenhilfe	179
1. Beratungshilfe	179
2. Prozesskostenhilfe	179

Inhaltsverzeichnis

Teil C. Das verkehrsrechtliche Straf- und OWi-Verfahren

	Seite
§ 10 Mandatsannahme und -organisation im Straf- und OWi-Verfahren	
I. Prüfung möglicher Interessenkollisionen	182
1. Die Gefahr der Interessenkollision	183
2. Die Gefahr des Parteiverrates	183
3. Möglichkeiten zum Ausschluss der Doppelvertretung	184
II. Annahme des Mandates	184
1. Mandatsanbahnung	184
2. Die Vollmacht	185
3. Anzahl der Verteidiger	187
4. Verbot der gemeinschaftlichen Verteidigung, § 146 StPO	187
5. Pflichtverteidigung	187
III. Beratung zum Verfahrensablauf und zu Fragen des richtigen Verhaltens	188
1. Allgemeine Information	188
2. Verkehrsverstöße im Ausland	189
3. Verhalten gegenüber Ermittlungen der Polizei	190
4. Eintragungen im Bundeszentralregister und in das Fahreignungsregister	191
5. Verjährungsfristen	191
6. Mögliche sofortige Maßnahmen	191
7. Die Situation bei – drohender – Führerscheinmaßnahme	192
8. Kontakt mit Verletzten/Hinterbliebenen	193
IV. Die Gebührenfrage und Klärung der Beteiligung von Rechtsschutz	193
1. Gesetzliche Gebühren	193
2. Erstattung notwendiger Auslagen durch die Staatskasse	194
3. Vergütungsvereinbarung	194
4. Beteiligung von Rechtsschutz	196
V. Organisation der Akte	197
1. Allgemeine Grundsätze	197
2. Nutzung von Mandanten- und Aktenstammdaten	197
3. Organisatorische Hilfen	197
VI. Informations- und Wissensbeschaffung	199
1. Grundsätzliches	199
2. Klärung des Sachverhaltes	199
3. Klärung rechtlicher Thematik	199
4. Informationsbeschaffung	200
VII. Nutzung programmierter Textverarbeitung	200
§ 11 Beratung, Bestellung und Tätigkeit als Verteidiger im Ermittlungsverfahren	
I. Bestellung und Tätigkeit als Verteidiger	202
1. Bestellung	202
2. Akteneinsicht	203
II. Verteidigungsstrategie	205
1. Fragen zur Feststellung des Verantwortlichen	205
2. Beachtung haftungs- und versicherungsrechtlicher Konsequenzen	208
III. Eigene Ermittlungen des Verteidigers	209
1. Zulässigkeit eigener Ermittlungen des Verteidigers	209
2. Möglichkeiten eigener Ermittlungen des Verteidigers	209
3. Die Durchführung eigener Ermittlungen	209
IV. Ziel der Verteidigung	214
1. Einstellung im strafrechtlichen Verfahren	214
2. Verwarnung mit Strafvorbehalt	216
3. Erledigung durch Strafbefehl	217

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Vorbereitung der Hauptverhandlung	217
5. Einstellung des Bußgeldverfahrens	217
6. Erledigung durch Beschlussentscheid gemäß § 72 OWiG	218
V. Musterschritsätze	219
1. Bestellung bei Polizei	219
2. Bestellung bei Staatsanwaltschaft, Bußgeldstelle, Gericht	220
3. Bestellung, speziell in Trunkenheitssache	220
4. Aktenanforderung für Aktenauszug	221
5. Erklärungen zur Terminierung	221
6. Vertagung	221
7. Schreiben an Staatsanwaltschaft/Gericht wegen Einstellung	222
8. Auftrag an Kollegen zur Terminvertretung	222
§ 12 Feststellung von Verkehrsverstößen	
I. Allgemeine Fragen zur Feststellung von Verkehrsverstößen	225
1. Messungen durch Kommunen	226
2. Keine Messung durch Private	226
3. Behinderung oder Beeinträchtigung von Feststellungen und Einrichtungen	227
4. Verfahren zur Feststellung von Verkehrsverstößen	228
II. Geschwindigkeitsmessverfahren	229
1. Praktische Fragen zur Geschwindigkeitsüberschreitung	230
2. Radarmessverfahren	230
3. Laser-Geschwindigkeitsmesssysteme	232
4. Lichtschranken-Messverfahren	233
5. Messgeräte mit Drucksensoren	234
6. PoliScan	235
7. TraffiStar S 350	235
8. Geschwindigkeitsermittlung durch Nachfahren	236
9. ProVida	236
10. Geschwindigkeitsmessung von einer Brücke herab	237
11. Feststellung der Geschwindigkeit aufgrund Fahrtenschreiber	237
12. Notwendige richterliche Feststellung	238
13. Richtlinien der einzelnen Bundesländer	238
III. Abstandsmessverfahren	238
1. Rechtsfragen zum erforderlichen Abstand	238
2. Die Messverfahren im Einzelnen	239
IV. Rotlichtüberwachungsanlagen	241
1. Ahndung von Rotlichtverstoß	241
2. Die Rotlichtüberwachungsanlagen	241
3. Feststellung durch Beobachtung	244
4. Voraussetzungen für die Feststellung eines qualifizierten Rotlicht- verstoßes	244
5. Notwendige tatrichterliche Feststellungen	244
V. Verstöße im Zusammenhang mit der Nutzung des Fahrtenschreibers	244
1. Rechtsgrundlage für die Benutzung eines Fahrtenschreibers	244
2. Verpflichtung zur Aufbewahrung	244
3. Ahndung von Verkehrsverstößen aufgrund der Fahrtenschreiber- aufzeichnung	245
4. Verfahrensfragen	245
VI. Unfalldatenspeicher (UDS)	245
1. Funktionsweise	246
2. Auswertung von UDS-Aufzeichnungen	246

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VII. Verstöße gegen Lenk- und Ruhezeiten	246
1. Rechtsgrundlagen	246
2. Überwachung und Zuständigkeit	247
VIII. Achslast und Gesamtgewicht sowie Wägungen	248
1. Gewichtsgrenzen	248
2. Überprüfung des Gewichtes und Messungen	248
IX. Identitätsfeststellung	248
1. Identifizierung anhand des Fahrerfotos	248
2. Identifizierung bei Kennzeichenanzeigen	250
3. Erkennungsdienstliche Behandlung und Gegenüberstellung	250
4. Humanbiologische Gutachten	251
X. Alkohol- und Drogenfahrten	251
1. Rechtliche Aspekte der Feststellung von Alkohol und Drogen	251
2. Die Feststellung der Alkoholkonzentration	252
3. Die Feststellung von Drogen/Rauschmitteln sowie Medikamenten	260
4. Medikamenteneinnahme	261

§ 13 Klärung von Rechtsfragen

I. Verteidigervollmacht	264
1. Form	264
2. Umfang der Vollmacht	264
3. Wirkung der Vollmacht	265
II. Zustellung	265
1. Adressat der Zustellung	265
2. Form der Zustellung	266
3. Ersatzzustellung	266
III. Allgemeine Rechtsfragen in Verkehrsstraf- und OWi-Sachen	266
1. Allgemeine Aspekte	267
2. Rechtswidrigkeit bei Verkehrsverstößen	267
3. Schuldfähigkeit	267
4. Vorsatz und Fahrlässigkeit bei Verkehrsverhalten	268
5. Actio-libera-in-causa	269
6. Tateinheit, Tatmehrheit, Dauerstraftat	269
7. Fragen des Beweisrechts	270
8. Strafzumessung, Tagessatzhöhe und Bußgeldbemessung	270
IV. Die Tatbestände des Verkehrsstrafrechtes	272
1. Fahrlässige Tötung (§ 222 StGB)	273
2. Fahrlässige Körperverletzung (§ 229 StGB)	275
3. Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB)	276
4. Straßenverkehrsgefährdung (§ 315c StGB)	279
5. Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr (§ 315b StGB)	282
6. Vollrausch (§ 323a StGB)	283
7. Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (§ 142 StGB)	283
8. Nötigung (§ 240 StGB)	289
9. Verbotene Kraftfahrzeugrennen (§ 315d StGB)	290
10. Fahren ohne Fahrerlaubnis oder trotz Fahrverbotes (§ 21 StGB)	291
11. Die Verantwortung dritter Personen	292
V. Die Verteidigung bei Verkehrsordnungswidrigkeiten	292
1. Grundlagen des Ordnungswidrigkeitenrechts	292
2. Die Ahndung von Verkehrsverstößen	293
3. Verteidigung bei Verstößen gegen § 24a StVG	296
4. Der Bußgeldbescheid	297

Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Verjährung	299
6. Besonderheiten des Verfahrens	301
VI. Verkehrsverstöße im Ausland	304
1. Die Ahndung von Verkehrsverstößen im Ausland	304
2. Rechtshilfe- und Vollstreckungsabkommen	304
§ 14 Verteidigertätigkeit in der Hauptverhandlung	
I. Vorbereitung der Hauptverhandlung	306
1. Klärung des Ziels der Verteidigung	307
2. Klärung von Rechtsfragen und Sachkompetenz	307
3. Abstimmung über Terminierung	308
4. Vorbereitung der Beweisaufnahme	308
5. Ladung von Zeugen und Sachverständigen durch den Verteidiger	309
6. Vor- und außerprozessuale Klärungen mit Verfahrensbeteiligten	312
7. Vorbereitung der Hauptverhandlung mit dem Mandanten	313
8. Die Anwesenheitspflicht des Angeklagten/Betroffenen	313
9. Ankündigung von Beweisanträgen	313
II. Die Hauptverhandlung	314
1. Gesetzliche Regelungen	314
2. Verhandlungsführung und Fragerecht sowie Protokollierung	314
3. Die Beweisaufnahme	315
4. Beweisantrag	318
5. Rechtliche Hinweise gemäß § 265 StPO	319
6. Hinweis für die Praxis: Terminbericht	319
III. Strafzumessung und Gefahr der Freiheitsstrafe	320
1. Strafzumessung	320
2. Die Gefahr der Freiheitsstrafe	321
IV. Verwarnung mit Strafvorbehalt	321
1. Die gesetzlichen Voraussetzungen	321
2. Prozessuale Fragen und Rechtsmittel	322
3. Rechtsfolgen der Verwarnung mit Strafvorbehalt	322
V. Besonderheiten der Hauptverhandlung im OWi-Verfahren	323
1. Die Anordnung des persönlichen Erscheinens in der Hauptverhandlung	323
2. Die Beweisaufnahme im OWi-Verfahren	325
3. Beachtung der Gefahr des Übergangs in das Strafverfahren	325
4. Das Absehen von der Urteilsbegründung	326
§ 15 Verteidigung und Vertretung bei – drohender – Führerscheinmaßnahme	
I. Allgemeine Aspekte der Verteidigungsstrategie	328
1. Problemstellung	328
2. Wege zur Abwendung des Entzuges der Fahrerlaubnis	329
3. Checkliste zur Verteidigung/Vertretung in Führerscheinmaßnahmen	329
II. Entziehung der Fahrerlaubnis	330
1. Die vorläufige Entziehung	330
2. Entziehung der Fahrerlaubnis	332
3. Ausnahmen vom Entzug der Fahrerlaubnis und der Sperre	337
4. Entzug der Fahrerlaubnis und Verteidigung	338
5. Austausch von Führerscheinmaßnahmen	338
6. Entziehung der Fahrerlaubnis gegen Beifahrer	339
7. Entziehung der Fahrerlaubnis bei Taten allgemeiner Kriminalität	339
III. Das Fahrverbot	339
1. Das Fahrverbot gemäß § 44 StGB	339
2. Das Fahrverbot gemäß § 25 StVG	342

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Fahrverbot und Bußgeldkatalog-Verordnung (BKatV)	344
4. Die Voraussetzungen für das Absehen vom Fahrverbot	346
5. Übersicht über Rechtsprechung zum Absehen vom Fahrverbot	347
6. Ausnahmen für bestimmte Fahrzeugarten	350
7. Notwendige Feststellungen im Urteil	350
8. Vollstreckung des Fahrverbotes	351
IV. Die Entschädigung für Führerscheinmaßnahmen	352
1. Die Entschädigung	352
2. Ausnahmen von der Entschädigung	352
3. Umfang der Entschädigung	352
4. Entschädigungsverfahren	353
 § 16 Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren	
I. Im Strafverfahren	354
1. Strafbefehlsverfahren	354
2. Berufung	356
3. Revision und Sprungrevision	358
4. Rechtsbehelfe bei Führerscheinmaßnahme	359
II. Im Bußgeldverfahren	362
1. Der Einspruch	362
2. Die Rechtsbeschwerde	364
III. Fristwahrung und Antrag auf Wiedereinsetzung	367
 § 17 Kostenerstattung und Gesuche	
I. Regelung Kostenangelegenheit	369
1. Allgemeines	369
2. Kostenpflicht im Einzelnen	370
II. Ratenzahlung und Zahlungserleichterung	371
1. Antrag auf Gewährung Ratenzahlung/Zahlungserleichterung	371
2. Fragebogen über Vermögensverhältnisse	371
III. Gnadengesuch und Antrag auf Haftverschonung	372
 § 18 Nebenklage und Adhäsionsverfahren	
I. Nebenklage	373
1. Die gesetzliche Regelung	373
2. Gesetzliche Regelung bei Verletzungen infolge Verkehrsunfalls	373
3. Die gerichtliche Entscheidung	374
4. Die Rechtsposition und die Rechte des Nebenklägers	375
5. Prozesskostenhilfe für den Nebenkläger	375
6. Kosten und notwendige Auslagen der Nebenklage	375
II. Adhäsionsverfahren	376
1. Der Antrag	376
2. Der Anspruch auf Entschädigung	376
3. Die Kosten	376
 § 19 Beteiligung von Rechtsschutz im verkehrsrechtlichen Straf- und OWi-Verfahren	
I. Die verschiedenen Rechtsschutzbedingungen ARB (75)/ARB (94)/ARB (2000)/ (2008)(2010)(2012) sowie die Abwicklung des Rechtsschutzmandates	379
1. Verkehrsrecht und Rechtsschutz	379
2. Vorschlag für effiziente Korrespondenz mit der Rechtsschutzversicherung ...	382

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Versicherungsschutz und Leistungsansprüche auf Rechtsschutz in Straf- und OWi-Verfahren	385
1. Der Verkehrs- und Fahrerrechtsschutz	385
2. Die Eintrittspflicht der Rechtsschutzversicherung bei verkehrsrechtlichen Straftaten	386
3. Der Versicherungsschutz bei verkehrsrechtlichen Ordnungswidrigkeiten	387
4. Umfang der Rechtsschutzgewährung	388
5. Ersatz der Verteidigervergütung	389
6. Kosten für außergerichtliche Sachverständigengutachten	391
7. Leistungsumfang bei Beratungen gem. § 34 RVG	393
8. Rechtsschutz bei Auslandsunfällen	393
III. Beachtung von Ausschlussklauseln	394
1. Rechtsschutz bei Vorsatztat	394
2. Kein Ausschluss bei Verkehrsordnungswidrigkeiten (ARB 94)(ARB 2000) (ARB 2010)	395
3. Ausschluss bei Halterhaftung	395
4. Sonstige Einschränkungen	395
IV. Obliegenheiten in der Rechtsschutzversicherung im Verkehrsrecht	396
1. Die Regelungen zu den Obliegenheiten	396
2. Vorsätzliche Verkehrsstraftat	396
V. Beteiligung von Rechtsschutz bei Vertretung von Verletzten	397
1. Im Nebenklageverfahren	397
2. Im Adhäsionsverfahren	397
3. Im Verfahren nach Opferschutzgesetz	397
4. Übersicht	397
VI. Ablehnung des Rechtsschutzes durch den Versicherer	398
1. Mutwilligkeit im Straf- und OWi-Verfahren	398
2. Verfahren bei Verneinung der Leistungspflicht	399
 § 20 Die Anwaltsvergütung im verkehrsrechtlichen Straf- und OWi-Verfahren	
I. Die Gebührentatbestände – System und Übersicht	401
1. Die Verteidigervergütung	401
2. Das System der Regelung der Verteidigervergütung	401
II. Die gesetzlichen Gebühren des Wahlverteidigers im Verkehrsstrafverfahren	405
1. Gebühren bei Verteidigung im vorbereitenden Verfahren	405
2. Gebühren bei Verteidigung im gerichtlichen Verfahren	407
3. Zusätzliche Gebühren und Auslagen im vorbereitenden und gerichtlichen Verfahren sowie Einzeltätigkeiten	407
III. Die Gebühren im verkehrsrechtlichen Bußgeldverfahren	413
1. Allgemeines	413
2. Die Verteidigervergütung im Verfahren vor der Verwaltungsbehörde	414
3. Die Verteidigervergütung im gerichtlichen Verfahren im ersten Rechtszug	416
4. Zusätzliche Gebühren und Auslagen im Verfahren vor der Verwaltungsbehörde und dem Amtsgericht sowie Einzeltätigkeiten	416
IV. Besonderheiten beim Übergang vom staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren in das Bußgeldverfahren	418
V. Die Gebührenhöhe und deren Bestimmung	418
1. Die Gebührenhöhe, differenziert nach Art des Gerichtes	418
2. Die Bestimmung der Gebühren nach den Kriterien gemäß § 14 RVG	419
VI. Die Vergütungsvereinbarung	420
1. Zu beachtende Aspekte	421
2. Vergütungsvereinbarung und Rechtsschutz	424

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VII. Beachtung besonderer Gebührentatbestände	424
1. Prüfung eines Rechtsmittels	424
2. Gebühren für Gnadenantrag und Antrag auf Zahlungserleichterung	424
3. Gebühr bei Vertretung anderweitig beteiligter Personen	424
4. Feststellung einer Pauschalgebühr	425
5. Beratung und Gutachten gemäß § 34 RVG	425
VIII. Beratungs- und Prozesskostenhilfe in Verkehrsstraf- und OWi-Sachen	426
 Anhang Teil C	
I. Mandanteninformation Verkehrsstraf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	427
II. Musterschriftsätze zur Mandatsabwicklung	431
1. Erledigung Verfahren ohne Hauptverhandlung (HV)	431
2. Korrespondenz bei Erledigung mit Hauptverhandlung	437
3. Sonstige Mandantenkorrespondenz	444
 Teil D. Haftungs- und Schadensrecht	
§ 21 Mandatsannahme und -organisation im Haftungs- und Schadensrecht	
I. Das Mandat im Straßenverkehrszivilrecht	455
1. Unfallaufnahme sowie Mandanten- und Stammdatenerfassung	455
2. Die Gefahr der Interessenkollision	455
3. Klärung des Mandatsumfanges	455
4. Die Gebührenfrage und die mögliche Beteiligung von Rechtsschutz	456
 § 22 Die außergerichtliche Geltendmachung von Haftpflichtansprüchen gegen Schädiger und Haftpflichtversicherung – Schadenmanagement	
I. Klärung des Mandatsverhältnisses und vorläufige Maßnahmen	459
1. Der/die Auftraggeber und der Umfang des Mandates	459
2. Prüfung und Klärung möglicher Interessenkollisionen	461
3. Entgegennahme der Vollmacht	464
4. Die Bestellung des Betreuers, evtl. im Wege einstweiliger Anordnung	466
5. Hinweis- und Beratungspflichten	467
II. Feststellung des Schädigers, seiner Versicherung und sonstiger Beteiligter; speziell beim Massenunfall	467
1. Feststellung des Schädigers und seiner Versicherung	467
2. Besonderheit beim Massen- und Serienunfall	468
3. Beteiligung der Verkehrsofferhilfe e.V. (VOH), Berlin	469
4. Ansprüche gegen Deutsches Büro Grüne Karte e.V.	470
5. Schadenbearbeitung durch die Gemeinschaft der Grenzversicherer	472
6. Feststellung des Schadenregulierungsbeauftragten bei Unfallabwicklung gemäß der kodifizierten KH-Richtlinie (RL 2009/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.9.2009 über die Kraftfahrzeug-Haft- pflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungs- pflicht)	472
III. Möglichkeiten der Beweissicherung	472
1. Vor- und außerprozessuale Beweissicherung	472
2. Gerichtliches Beweisverfahren	473
3. Beweismöglichkeiten durch Unfalldatenspeicher – UDS	476
4. Beweismöglichkeiten durch Dach-Cams	476
IV. Geltendmachung von Ansprüchen gegen Halter, Fahrer, Versicherung und sonstige Beteiligte	477
1. Ansprüche gegen Halter, Fahrer und Haftpflichtversicherung	477

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Unfall mit Bundeswehrfahrzeugen, Bundespolizei- und Militärfahrzeugen der NATO	478
3. Ansprüche gegen Verein „Verkehrsofferhilfe e. V.“ (VOH), Berlin	481
V. Musterschriftsätze zur Abwicklung von Haftpflichtansprüchen gegen Halter, Fahrer, Versicherung und sonstige Beteiligte	483
1. Musterschriftsätze für erstes Anspruchsschreiben	484
2. Musterschriftsätze für vorläufige, ergänzende und endgültige Spezifikation	490
3. Typische Korrespondenz mit Dritten	491
4. Korrespondenz mit Mandantschaft	495
5. Korrespondenz Meldung Rechtsschutz sowie Kosten- und Gebührenkorrespondenz	497
VI. Geltendmachung von Ansprüchen bei Unfall mit Auslandsberührung	497
1. Unfall im Inland mit Ausländer	497
2. Der Unfall im Ausland mit Ausländern	498
3. Unfall zwischen Inländern im Ausland	499
VII. Schadenmanagement beim Kraftfahrzeughaftpflichtschaden	499
1. Der Begriff des Schadenmanagements	499
2. Die Position der Versicherung	500
3. Die Interessenlage des Geschädigten	501
4. Schadenmanagement – eine Herausforderung für die Anwaltschaft	503
5. Überlegungen für neue Lösungswege	505
§ 23 Haftungsrecht und Beweisfragen	
I. Die Haftung im Straßenverkehrsrecht	511
1. Die Haftungsgrundlagen – die gesetzliche Regelung zur Gefährdungshaftung	511
2. Überblick über die in Betracht kommenden Haftungstatbestände	512
II. Der Anspruch aus Gefährdungshaftung	513
1. Die Haftung des Halters	513
2. Der Halterbegriff	517
3. Ausschluss der Haftung bei Arbeits- und Dienstunfällen	519
4. Abgrenzung zwischen Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und Allgemeiner Haftpflichtversicherung	519
5. Haftungsausschluss bei höherer Gewalt gemäß § 7 Abs. 2 StVG	526
6. Ausschluss und Minderung der Verantwortlichkeit gemäß § 827 BGB	527
7. Ausschluss/Einschränkung der Haftung für Kinder bis 7 bzw. 10 Jahre	527
8. Haftung bei Schwarzfahrt	528
9. Die Haftung des Fahrers gemäß § 18 StVG	528
III. Haftungstatbestände bei Verschuldenshaftung	530
1. Haftung nach § 823 Abs. 1 BGB	530
2. Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB	530
3. Haftung des Halters für den Verrichtungsgehilfen gemäß § 831 BGB	531
4. Haftung des Aufsichtspflichtigen gemäß § 832 BGB	532
5. Haftung des Tierhalters gemäß § 833 BGB	533
6. Ausschluss und Einschränkung der Haftung von Kindern gemäß § 828 BGB	533
7. Billigkeitshaftung gemäß § 829 BGB	533
8. Haftung bei Amtspflichtverletzung gemäß § 839 BGB	533
9. Der Anspruch bei Selbstaufopferung im Straßenverkehr	535
10. Haftung aus Verletzung der Streu- bzw. Verkehrssicherungspflicht	535
IV. Die Haftung bei entgeltlicher und unentgeltlicher Beförderung von Insassen, speziell die Haftung unter Ehegatten und für Kinder	539
1. Die Haftung für Insassen gemäß § 8a StVG	539
2. Speziell: die Ansprüche unter Ehegatten und für Kinder	539

Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Die Haftung beim Fußgänger- und Radfahrerunfall, speziell Kinderunfall	541
1. Fußgängerunfall	541
2. Radfahrerunfall	542
3. Teilnahme am Straßenverkehr mit besonderen Fortbewegungsmitteln	543
4. Der Unfall mit Beteiligung von Kindern	543
VI. Fragen der Eisenbahnhaftung und der Haftung des Omnibusunternehmers und -fahrers	545
1. Eisenbahnhaftung	545
2. Die Schadenshaftung des Omnibusunternehmers und -fahrers	546
VII. Mitverschulden im Straßenverkehrsrecht	547
1. Mögliches Mitverschulden von Fahrzeuginsassen, speziell unter nahen Angehörigen	548
2. Soziusfahrer	549
3. Radfahrer	549
4. Fußgänger	550
5. Verkehrssicherungspflicht	551
6. Mitverschulden bei Kinderunfall	551
7. Mitverschulden des Geschädigten	552
VIII. Haftungsverteilung	554
1. Die Regelung des § 17 StVG	554
2. Grundsätzliches zur internen Ausgleichspflicht mehrerer gesetzlicher Haftpflichtiger	555
3. Die einzelnen Abwägungskriterien	556
4. Die mitursächliche Betriebsgefahr	556
5. Rechtsprechung zur Abwägung zu häufigen Fallgestaltungen	557
IX. Haftungsverzicht	560
1. Allgemeines	560
2. Haftungsverzicht bei Gefälligkeitsfahrt	561
3. Vertraglicher Ausschluss	561
4. Fahrgemeinschaften	561
5. Fragen des Mitverschuldens	562
X. Probleme bei Erreichen der Versicherungs-/Deckungssumme	562
1. Versicherungssumme als Höchstgrenze der Leistungspflicht	562
2. Das Verteilungsverfahren bei Überschreiten der Höchstsumme	565
3. Versicherungssumme bei Unfällen im Ausland	566
XI. Der „gestellte“ und „provozierte“ Unfall	566
1. Unfallmanipulation	566
2. Der „gestellte“ und der „provozierte“ Verkehrsunfall	567
3. Beweisfragen	567
4. Der „provozierte“ Unfall	572
5. Ausgleichspflicht unter deliktischen Gesamtschuldnern	573
XII. Beweislastfragen	573
1. Bei Gefährdungshaftung	573
2. Beweislast bei Schwarzfahrt	573
3. Beweislast bei Verschuldenshaftung	573
4. Beweislast bei Schuldanerkenntnis	573
5. Anscheinsbeweis	574
XIII. Regulierungsverzug	574
1. Allgemeines	574
2. Voraussetzungen des Verzuges	575
3. Folgen des Verzuges	576
XIV. Das anzuwendende Recht bei Unfall im Ausland	577
1. Das Recht des Tatortes	577
2. Das anzuwendende Recht nach der Regelung der Artikel 40 bis 42 EGBGB	577

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Möglichkeiten zur Geltendmachung eines Anspruchs	577
4. Besonderheiten für extraterritoriale und bevorrechtigte Personen	578
XV. Feststellungen zu haftungsrelevanten Tatsachen-/Unfallursachenfeststellung – technikbezogenen und personenbezogenen Unfallursachen	579
 § 24 Der Sachschaden – Grundlagen und einzelne Schadenpositionen	
I. Der Anspruch auf Ersatz des Sachschadens	582
1. Der Begriff des Schadenersatzes	582
2. Der Anspruch auf Schadenersatz	582
3. Ersatz von Vermögensschäden	584
4. Fragen der Kausalität	584
II. Die Sachschadenpositionen im Einzelnen	584
1. Übersicht Sachschadenpositionen	584
2. Der Fahrzeugschaden	585
3. Wertminderung	600
4. Kosten für Bergung, Abschleppen und Überführen	602
5. Kosten der Schadenermittlung – Sachverständigengutachten	603
6. Mietwagenkosten	606
7. Nutzungsausfallentschädigung und Vorhaltekosten	611
8. Diverse Sachschadenpositionen	614
9. Anspruch auf Erstattung der Anwaltsgebühren	616
10. Sonstige Schadenpositionen zum Fahrzeugschaden	618
III. Der Anspruch auf Erstattung von Finanzierungskosten und Zinsen	620
IV. Der Anspruch auf Erstattung der Mehrwertsteuer	620
1. Grundsätzliches	620
2. Einzelfragen	620
3. Neuwagenersatz	621
V. Schadenabrechnung bei Leasingfahrzeugen	621
1. Allgemeines	621
2. Besonderheiten beim Schadenfall mit Leasingfahrzeug hinsichtlich der Art des Schadens sowie hinsichtlich der einzelnen Schadenpositionen	621
3. Die Ansprüche des Leasinggebers	623
4. Ansprüche des Leasingnehmers	625
5. Versicherungsrechtliche Ansprüche	625
6. Die Geltendmachung der Ansprüche	626
7. Besonderheiten beim Unfall mit dem Leasingfahrzeug	626
VI. Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen nach Quotenvorrecht	627
1. Grundgedanke des Quotenvorrechtes	627
2. Die Abrechnung nach dem Quotenvorrecht in der Praxis	628
3. Berechnungsbeispiele	628
 § 25 Die Regulierung von Personenschäden – Haftungs- und Beweisfragen	
I. Die Geltendmachung/Anmeldung der Ansprüche	632
1. Die Ansprüche gegen den Schädiger und dessen Versicherung/ Direktanspruch	632
2. Geltendmachung von Ansprüchen aus Unfallversicherung und sonstigen Versicherungen	633
II. Die Kausalität von Verletzungen und die Zurechenbarkeit von Verletzungsfolgen in Rechtsprechung und Literatur	634
1. Fragen der Beweislast	634
2. Praktische Hinweise zur Darstellung/Regulierung von (schweren) Unfallverletzungen, speziell HWS-Verletzungen, im Straßenverkehr	636

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Der Ursachenzusammenhang zwischen der Schwere des Unfalls/ des Aufpralls und den Verletzungen	638
4. Die „Harmlosigkeitsgrenze“ in der Rechtsprechung	639
5. Medizinische Lösungswege, speziell neurootologische Untersuchung	640
6. Die Rechtsprechung des BGH (Urteil vom 28.1.2003)	641
7. Beweisfragen bei Vorschaden oder nachträglichen Ursachen	643
8. Psychische Erkrankungen nach Unfallereignissen – „posttraumatische Belastungsstörung“	644
9. Schockschaden als Gesundheitsschaden	645
10. Notwendige Substantiierung zu Verletzungen und Untersuchungsmethoden	645
III. Die notwendigen gutachtlichen Feststellungen	646
1. Die Problemstellung	646
2. Die Bedeutung der Primärverletzung	646
3. Die Beschwerden und der Kausalzusammenhang	647
4. Die Auswahl des Sachverständigen	648
5. Die Begutachtung der Pflege- und Betreuungskosten	649
§ 26 Die Ansprüche bei Schwerstverletzungen – Personengroßschäden	
I. Die besondere Problemstellung	656
1. Die gebotene besondere Betrachtung	656
2. Statistisches	657
3. Die Situation für Betroffene mit schweren bleibenden Folgen	658
4. Die geforderte Kompetenz	658
5. Mitwirkungspflichten des Geschädigten – Belehrungspflichten des Anwaltes	658
6. Mögliche und gebotene anwaltliche berufliche Zusammenarbeit	658
II. Das richtige Vorgehen, die Geltendmachung der in Betracht kommenden Ansprüche	659
1. Übersicht/Checkliste zur Regulierung der Ansprüche für Verletzte/Schwer- verletzte (Personengroßschäden)	659
2. Die Geltendmachung/Anmeldung der Ansprüche	660
3. Geltendmachung von Ansprüchen aus Unfallversicherung und sonstigen Versicherungen	661
III. Klärung der in Betracht kommenden Ansprüche und Beweisfragen	661
1. Der Personenschaden	661
2. Beweisfragen	662
3. Übersicht der Schadenpositionen	662
IV. Heilbehandlungskosten	664
1. Grundsätzliches	664
2. Heilbehandlung im Ausland	667
3. Kosten für kosmetische Operationen/ Nebenkosten	667
4. Nebenkosten bei stationärer Behandlung	667
5. Schadensminderungspflicht und Vorteilsausgleich	668
6. Forderungsübergang	669
V. Vermehrte Bedürfnisse	669
1. Grundsätzliches	669
2. Übersicht: vermehrte Bedürfnisse	669
3. Pflegekosten	670
4. Betreuungskosten	674
5. Anspruch auf behindertengerechtes Wohnen und verletzungsbedingte Umzugskosten	674
6. Ansprüche bei Umschulung und Rehabilitation	675
7. Umbaukosten für Fahrzeug oder Anschaffung eines behindertengerechten Fahrzeuges	676

Inhaltsverzeichnis

	Seite
8. Sonstige Ansprüche	676
9. Hilfsmittel	677
VI. Erwerbsschaden	677
1. Grundsätzliches	677
2. Der Erwerbsschaden des unselbstständig Tätigen	680
3. Sonstige auszugleichende Nachteile	682
4. Die Rechtsposition des verletzten Beamten	684
5. Der Erwerbsschaden bei Kindern und Jugendlichen sowie sonstigen Personengruppen	684
6. Die Folgelast für Arbeitgeber/Dienstherrn	687
7. Erwerbsschaden des Selbstständigen	687
8. Steuern	689
9. Schadensminderungspflicht und Vorteilsausgleich	690
10. Wertung überobligatorischer Tätigkeit	691
VII. Haushaltsführungsschaden	692
1. Grundsätzliches und Anspruchsgrundlagen	692
2. Fallgestaltungen und Kriterien bei der Berechnung des Haushaltsführungs- schadens	693
3. Arbeitsinhalte und Zeitaufwand, statistische Arbeitszeit einer Frau bei unterschiedlichen Haushaltssituationen	693
4. Die unterschiedlichen Anspruchsgrundlagen und Darlegungslast	696
5. Der Anspruch bei Tötung einer haushaltsführenden Person	697
6. Bei Verletzung der den Haushalt führenden Person	701
7. Der Anspruch auf Rente	703
8. Möglicher Rechtsübergang auf SVT	704
9. Prozessuale Fragen	705
10. Fragebogen/Muster zur Ermittlung der Tätigkeit und der zeitlichen Beeinträchtigung	706
11. Berechnungsbeispiel	706
12. Der Haushaltsführungsschaden bei der eingetragenen Lebenspartnerschaft und der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	706
VIII. Der Schmerzensgeldanspruch	708
1. Der Schmerzensgeldanspruch, rechtliche Grundlagen	708
2. Checkliste zu den Kriterien der Schmerzensgeldbemessung	708
3. Kriterien zur Bemessung der Höhe des Schmerzensgeldes	709
4. Besondere Fallgestaltungen zum Schmerzensgeld	713
5. Mögliches Teilschmerzensgeld?	716
6. Die Bestimmung der Höhe des Schmerzensgeldes	716
7. Mitverschulden und Vorteilsausgleich	718
8. Schmerzensgeld als Kapital oder Rente	719
9. Schmerzensgeld und erbrechtliche sowie familienrechtliche Aspekte	720
10. Der Schmerzensgeldanspruch im Prozess	721
11. Speziell: der Zinsanspruch bei verzögerter Regulierung	723
12. Besteuerung des Schmerzensgeldes	724
13. Verjährung	724
IX. Entschädigungs- und Leistungsansprüche gegenüber sozialen Leistungsträgern und privaten Versicherungen	725
1. Die Beteiligung von sozialen Leistungsträgern	725
2. Beratungspflicht	727
3. Beachtung der Leistungsansprüche gegenüber sozialen Leistungsträgern	727
4. Voraussetzungen des Rechtsübergangs/Regress des Sozialversicherungs- trägers	727

Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Ausschluss des Forderungsübergangs aufgrund des sog. „Familienprivilegs“	729
6. Der Regress des Rentenversicherungsträgers wegen Beitragszahlung	729
X. Verhandlung, Kapitalisierung und Abfindungsvergleich	730
1. Die anzustrebende außergerichtliche Erledigung	730
2. Auch die Möglichkeit von Teilregulierungen beachten	731
3. Der Abfindungsvergleich, ein Spezialthema	731
4. Kapitalisierung	731
XI. Personenschadenmanagement – Case-Management – und Rehabilitation von im Straßenverkehr Schwerverletzten	731
1. Der Begriff Case-/Personenschadenmanagement sowie Reha-Management	731
2. Bereiche und Arten des Reha-Managements	732
3. Vereinbartes Reha-Management und Rehabilitationsverfahren gemäß SGB XI – Die Regelung in SGB IX und die Schnittstelle zwischen verein- barten Reha-Maßnahmen und Maßnahmen nach SGB XI	734
5. Abwicklung/Regeln des Personenschaden-/Case- und Reha-Managements	735
6. Die rechtlichen Beziehungen zwischen den Beteiligten	737
7. Code of Conduct des Reha-Managements sowie Muster einer Rehabilita- tionsvereinbarung	739
8. Fazit	744
 § 27 Die Ansprüche mittelbar Geschädigter und Dritter	
I. Rechtsgrundlagen und Übersicht Schadenpositionen	746
1. Die in Betracht kommenden Anspruchsgrundlagen	746
2. Checkliste: Ansprüche der mittelbar Geschädigten	747
II. Anspruch der Erben wegen Beerdigungskosten	748
1. Der Anspruch auf Ersatz der Beerdigungskosten	748
2. Die zu ersetzenden Kosten	748
III. Anspruch wegen entgangener Unterhaltsleistungen	749
1. Der Unterhaltsschaden gemäß § 844 Abs. 2 BGB	749
2. Die Anspruchsberechtigten – Fallgestaltungen	750
3. Die Berechnung des Schadenersatzes wegen entgangenem Unterhalte	752
4. Naturalunterhalt	759
5. Laufzeit/Kapitalisierung	761
IV. Anspruch wegen entgangener Dienste	762
1. Dienstleistungspflicht kraft Gesetzes	762
2. Die Höhe des Schadens für entgangene Dienste	762
3. Feststellung der Ansprüche	763
V. Hinterbliebenengeld	763
1. Einleitung	763
2. Anspruchsinhalt	764
3. Anspruchsberechtigte	766
4. Anspruchshöhe	766
5. Prozessuales	768
 § 28 Schadensminderungspflicht und Vorteilsausgleich	
I. Schadensminderungspflicht	769
1. Grundlagen	770
2. Schadensminderungspflicht und Sachschaden	771
3. Schadensminderungspflicht bei Personenschaden	773
4. Ersatz für Aufwendungen	776
II. Vorteilsausgleich	776
1. Grundlagen	776

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Beim Sachschaden	778
3. Vorteilsausgleich bei Ansprüchen aus Körperverletzung	778
4. Anzurechnende Leistungen	779
5. Einzelfälle zu nicht anzurechnenden Leistungen	779
§ 29 Der Arbeits- und Wegeunfall	
I. Die Rechtslage	781
1. Grundgedanke der Unfallversicherung	781
2. Die Rechtslage	781
II. Der Arbeitsunfall	782
1. Begriff „Arbeitsunfall“	782
2. Verfahrensfragen bei Arbeitsunfall	783
III. Ausschluss der Haftung bei Arbeits- und Wegeunfall	784
1. Ausschluss der Haftung	784
2. Die ausgeschlossenen Ansprüche	784
IV. Haftungsbeschränkungen beim Arbeits- und Wegeunfall	785
1. Die Haftungsbeschränkung nach SGB VII	785
2. Die Haftungsbeschränkungen im Einzelnen	786
3. Beschränkung der Haftung und gemeinsame Betriebsstätte	789
V. Die Rechtslage bei Teilnahme am allgemeinen Straßenverkehr	791
1. Allgemeines	791
2. Die Haftung bei Wegeunfällen im Einzelnen	791
3. Die Rechtslage beim Sachschaden bei einem Verkehrsunfall	792
VI. Unfallversicherung und Hilfeleistung bei Unglücksfällen	793
1. Normzweck	793
2. Voraussetzungen	793
3. Anspruchsübergang	794
VII. Die Leistungsansprüche bei einem versicherten Unfall	794
VIII. Abwicklung mit sozialrechtlichen Leistungsträgern	794
1. Verfahren	794
2. Bindungswirkung	795
§ 30 Der Regress des Sozialversicherungsträgers und sonstiger Leistungsträger	
I. Die Rechtslage	797
1. Allgemeines	797
2. Die geänderte Rechtslage	797
3. Die Sozialleistungsträger	797
II. Forderungsübergang	798
1. Die Voraussetzungen des Forderungsübergangs	798
2. Ausnahmen vom Forderungsübergang	803
3. Das Angehörigenprivileg	804
4. Berechnung des Kapitalwertes	805
III. Regress der Pflegekasse	806
1. Gesetzliche Grundlage	806
2. Die Versicherungspflicht	806
3. Übersicht: Leistungen der Pflegekasse	807
4. Feststellung der Pflegestufen	808
5. Regress der Pflegekasse	808
IV. Regress der Bundesagentur für Arbeit	809
1. Die in Betracht kommenden Leistungen	809
2. Der Forderungsübergang	810
3. Übergang von Unterhaltsansprüchen beim Bezug von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach dem SGB II	810

Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Regress des Dienstherrn	811
1. Rechtsgrundlagen	811
2. Die übergangsfähigen Ansprüche	811
3. Quotenvorrecht des Beamten	811
VI. Der Beitragsregress gemäß § 119 SGB X	811
1. Gesetzliche Grundlage	811
2. Einzelfragen	811
VII. Der Forderungsübergang bei Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber gemäß § 6 EFZG	812
1. Gesetzliche Grundlage	812
2. Der Forderungsübergang	812
3. Kosten der Rechtsverfolgung	812
VIII. Prozessuales – Fragen der Beweislast	813
 § 31 Der Unfall mit Auslandsberührung (einschließlich Unfall mit Stationierungs- streitkräften)	
I. Vorbemerkungen und Problemstellung	815
II. Versicherungsschutz bei Unfall mit Ausländern im Inland	815
1. Die Versicherungsdeckung	815
2. Das Recht des Unfallortes	819
III. Geltendmachung und Abwicklung von Ersatzansprüchen bei Unfall im Inland mit Auslandsbezug	820
1. Die außergerichtliche Geltendmachung	820
2. Das gerichtliche Verfahren	822
IV. Unfall im Ausland	822
1. Beide Beteiligte Inländer/Deutsche	822
2. Die wichtigsten Punkte zur Unfallschadenregulierung gemäß 6. KH-Richtlinie	823
3. Die Abwicklung im Einzelnen	823
4. Fragen des Gerichtsstandes	826
5. Die Rechtsverfolgungskosten	828
V. Übersicht über Entschädigungsleistungen bei Kraftfahrzeugunfällen	829
VI. Ausländische Kfz-Mindestversicherungssummen	830
1. Geltung der Mindestversicherung	830
2. Möglichkeit der Absicherung	830
3. Versicherungsschutz für Personenschäden	830
 § 32 Die Beteiligung von Rechtsschutz und Prozessfinanzierung	
Vorbemerkungen	832
I. Das System der Rechtsschutzversicherung im Straßenverkehrszivilrecht	832
1. Der Schadenersatzrechtsschutz in den Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB)	832
2. Ausschluss für die Abwehr von Schadenersatzansprüchen	832
3. Versicherter Personenkreis	833
4. Der Versicherungsschutz bei Tötung oder Verletzung	834
5. Notwendige Angaben im Schadenersatzrechtsschutzfall	834
6. Einholung Deckungszusage	835
II. Umfang des Versicherungsschutzes für die Geltendmachung von Schaden- ersatzansprüchen	837
1. Die außergerichtliche Geltendmachung	837
2. Gerichtliches Beweisverfahren	839
3. Gebühren für die Bestellung eines Pflegers	839
4. Im Prozessverfahren	839

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Einzelne Leistungsansprüche gegen die Rechtsschutzversicherung	840
1. Rechtsschutz und Hebegebühr	840
2. Versicherungsschutz für Nebenverfahren	841
3. Abrategebühr	841
IV. Die Erstattung der Gebührendifferenz bei Teilregulierung	841
V. Vorgehen bei Differenzen über Versicherungsschutz, Stichentscheid oder Schiedsverfahren	842
1. Nach ARB 75	842
2. Nach ARB 94	842
3. Nach ARB 2000/2010	843
VI. Rechtsschutz-Schaden-Service-Gesellschaft	843
VII. Die Auswirkungen der 4. und 5. KH-Richtlinie auf den Rechtsschutzfall im Ausland	843
1. Inhalt und Ziel der 4. KH-Richtlinie für Auslandsschäden	843
2. Die Regelungen zum Auslandsschaden	843
3. Auswirkungen der 4. KH-Richtlinie auf die Abwicklung des Auslands- schadenfalles sowie 5. KH-Richtlinie	845
VIII. Regressansprüche von Rechtsschutzversicherungen	849
IX. Die mögliche Beteiligung der Prozessfinanzierung	849
1. Was ist Prozessfinanzierung?	849
2. Prozessfinanzierung in der anwaltlichen Praxis	850
3. Prozessfinanzierungsauftrag	851
4. Kosten und Gebühren in einer Prozessfinanzierungsangelegenheit	851
5. Der Nutzen der Prozessfinanzierung	852
§ 33 Die Anwaltsvergütung bei der Unfallschadenabwicklung	
I. Der Vergütungsanspruch	857
1. Das Mandat als Grundlage	857
2. Umfang des Mandates	857
3. Vertretung mehrerer Unfallgeschädigter	858
II. Die außergerichtlichen Gebühren	859
1. Beratungsgebühr und Erstgespräch gem. § 34 RVG	859
2. Die Geschäftsgebühr der Nr. 2300 VV-RVG	860
3. Die Höhe der Geschäftsgebühr der Nr. 2300 VV-RVG	861
4. Einigungsgebühr der Nr. 1000 VV-RVG	865
5. Hebegebühr der Nr. 1009 VV-RVG	865
6. Auslagen des 7. Teils des VV-RVG	866
7. Abwicklung der Gebühren durch die Versicherer in Kfz-Haftpflichtschäden	866
8. Kein Verzicht auf weitere Ansprüche bei Abrechnung nach Abrechnungs- grundsätzen	867
III. Gegenstandswert und Vergütungsvereinbarung	867
1. Der Gegenstandswert	867
2. Vergütungsvereinbarung	869
IV. Der Anspruch auf Erstattung der Gebühren	870
1. Grundsätzliches	870
2. Einzelfragen	871
3. Gebührenberechnung bei Teilregulierung	872
4. Anwaltsgebühren bei Regelung unter Inanspruchnahme der Kasko- versicherung	872
5. Vergütung für die Einholung einer vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung	873
6. Rechtsanwaltskosten bei Schaden mit Leasingfahrzeugen	873
7. Anwaltsgebühren in eigener Sache	874

Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Gebühren im gerichtlichen Verfahren	874
1. Die Verfahrensgebühr der Nr. 3100 VV-RVG	874
2. Die Terminsgebühr der Nr. 3104 VV-RVG	875
3. Die Einigungsgebühr der Nr. 1003 VV-RVG	878
VI. Erstattung der Gebührendifferenz bei Teilregulierung	878
VII. Erstattung der Gebühren für die Einholung der Deckungszusage der Rechts- schutzversicherung?	879
VIII. Musterschriftsätze zur Kosten- und Gebührenkorrespondenz und Abrechnungs- muster	879
1. Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV-RVG	879
2. Geschäfts- und Einigungsgebühr, Nr. 2300 und Nr. 1000 VV-RVG	880
3. Gebührenanspruch auf Gebührendifferenz gegen Mandant bzw. Rechts- schutzversicherung bei Teilregulierung	880
4. Abrechnungsmuster für anwaltliche Tätigkeit nach Erteilung des Prozess- auftrages und Vermeidung des Verfahrens durch Besprechung mit der Gegenseite vor Klageerhebung	881
5. Abrechnungsmuster hinsichtlich Anrechnung der Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr bei gleich hohem Streitwert	881
6. Abrechnungsmuster hinsichtlich Anrechnung der Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr bei unterschiedlichem Streitwert	882
7. Abrechnungsmuster hinsichtlich Anrechnung der über der Schwelle liegen- den Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr bei gleich hohem Streitwert	882
8. Abrechnungsmuster hinsichtlich Anrechnung der über der Schwelle liegenden Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr bei unterschiedlichem Streitwert	883
9. Einbeziehen nicht rechtshängiger Ansprüche in Vergleichsverhandlungen in einem laufenden Rechtsstreit	883
 Anhang Teil D	
1. Mandanteninformation in Unfallsachen	885
2. Merkblatt zum Unfall mit Auslandsberührung	889
3. Anfrageformular an das Deutsche Büro Grüne Karte e. V.	895
4. Übersicht für Rechtsanwälte und Anspruchsteller zur Beteiligung von Prozess- finanzierung	897
5. Praxistipps: Schadenersatz in Deutschland	899

Teil E. Verfahrensrecht, Steuerrecht und Haftungsrecht

§ 34 Fristen, Verzug, Verjährung	
I. Regulierungsfristen und Verzug	905
1. Regulierungsfristen	905
2. Verzug	907
3. Frist für Klageerhebung	908
II. Die Verjährung	908
1. Verjährung von Schadenersatzansprüchen	908
2. Beginn und Hemmung der Verjährung	908
3. Verjährung und Unfallspätschäden	911
4. Tabellarische Übersicht über Verjährungsfristen im Haftungsrecht	912
 § 35 Steuerliche Aspekte der Unfallschadenregulierung	
I. Allgemeines	914
1. Schadenersatz und Steuern	914
2. Klärung der evtl. Steuerlast	915

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Sachschaden und Steuern	915
1. Sachschaden	915
2. Besonderheiten bei Auslandsberührung	915
III. Personenschaden und Steuern	916
1. Entschädigung infolge Personenschadens	916
2. Nicht zu versteuernde Entschädigungsleistungen	917
3. Steuervorteile	917
4. Steuerersparnisse und Lohn	918
5. Gemeinsame Steuerveranlagung	918
6. Vorbehalt des Ersatzes für Steuern	919
IV. Steuerliche Absetzbarkeit von Unfallkosten	919
1. Steuerliche Grundsätze	919
2. Voraussetzungen der steuerlichen Absetzbarkeit	919
3. Die abzugsfähigen Posten	919
§ 36 Verhandlung, Kapitalisierung und Abfindungsvergleich	
I. Anwaltliche Verhandlung	922
1. Die außergerichtliche Erledigung	922
2. Sachgerechtes Vorgehen	923
II. Der Abfindungsvergleich	924
1. Rechtliche Aspekte	924
2. Vollmacht und Vertretung	924
3. Außergerichtlicher/gerichtlicher Vergleich	926
4. Grenzen der Regelung	927
5. Form	928
6. Notwendige Belehrung des Anspruchstellers	928
7. Notwendige ausführliche Formulierung	929
8. Störung der Geschäftsgrundlage iSv § 313 BGB	929
9. Checkliste: Voraussetzungen und Inhalt eines Abfindungsvergleiches	929
III. Kapitalisierung	930
1. Rente und/oder Kapital	930
2. Das Recht auf Kapitalisierung	930
3. Vorteile und Risiken der Kapitalisierung	931
4. Die Berechnung der Kapitalabfindung	931
5. Steuerliche Aspekte	933
IV. Vorbehalte	933
1. Allgemeines	933
2. Vorbehalt zu einzelnen Positionen	933
3. Vorbehalt des Verzichtes auf Einrede der Verjährung	934
4. Lösungsmöglichkeit von einem Abfindungsvergleich nur in engen Grenzen	935
5. Anwaltpflichten beim Abfindungsvergleich	935
6. (Un-)Wirksamkeit eines Abfindungsvergleiches	937
V. Anpassung oder Änderung einer Abfindungsvereinbarung	937
1. Unvorhergesehene Spätschäden	937
2. Renten Anpassung	938
3. Zuerkennung eines weiteren Schmerzensgeldes	938
VI. Abfindungsvergleich und Anwaltshonorar	938
1. Der Erstattungsanspruch	938
2. Die Höhe der Anwaltsvergütung gemäß RVG	938
3. Vereinbarung über Gebührenaussgleich	939
§ 37 Der Kraftschadenprozess	
I. Grundlagen	942
1. Allgemeines	942

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Berufsrechtliche Aspekte im Kraftfahrthaftpflichtprozess	942
3. Mögliche Besonderheiten bei erhobener Widerklage	943
II. Der Aktivprozess	943
1. Prüfung der Aktivlegitimation	943
2. Aktivlegitimation bei Forderungsübergang auf Sozialleistungsträger	944
3. Aktivlegitimation bei Leasingfahrzeugen	944
III. Passivlegitimation	945
1. Prüfung der Passivlegitimation	945
2. Der Direktanspruch gegen die Versicherung	945
3. Unfall mit Auslandsbeteiligung	946
IV. Prozessuale Fragen	947
1. Die Zuständigkeit	947
2. Widerklage	948
3. Streitwert	948
4. Bindungswirkung	949
5. Eigener Anwalt bei „fingiertem“ Unfall	949
6. Prozessuale Besonderheiten bei Vorliegen eines Unfalls nach SGB VII	950
V. Klageanträge – Leistungs- und Feststellungsklage	950
1. Leistungsklage	950
2. Feststellungsklage	952
VI. Beweisfragen	954
1. Die Beweislastverteilung	954
2. Beweisführung	954
3. Anscheinsbeweis	955
4. Sachverständigenbeweis	956
5. Die Haftung des gerichtlichen Sachverständigen	957
VII. Streitwert und Kosten	957
1. Streitwert	957
2. Kosten und Gebühren	958
3. Entschädigung wegen überlangen Verfahrens	959
VIII. Rechtsmittel	959
1. Checkliste: Rechtsmittel im Kraftschaden (-Prozess)	959
2. Tatbestandsprüfung und Tatbestandberichtigung	960
3. Die Berufung im Einzelnen	960
4. Die Revision	963
5. Beschwerde	964
6. Rechtskraftwirkung	965
IX. Muster Klageschrift Schadenersatzforderung und Feststellungsklage	965
1. Muster: Klageschrift Schadenersatzforderung	965
2. Muster: Feststellungsklage, unbezifferter Klageantrag	967
§ 38 Der Anwalt in eigener Sache, Haftungsrisiko und Rechtsdienstleistungsgesetz	
I. Problemstellung	970
1. Haftungsrisiken	970
2. Vergütungsanspruch und Pflichtverletzung	971
3. Belehrungspflichten	971
4. Berufsrechtliche Risiken, speziell Interessenkollision	971
II. Vermeidung von Haftungsrisiken	972
1. Übersicht über die wichtigsten Haftungstatbestände	972
2. Ausreichende Versicherungssumme	973
3. Verjährungsbeginn bei anwaltlichen Beratungsfehlern	973
4. Verjährung und Hemmung	973
5. Verhalten im Haftpflichtfall	973

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Das Rechtsdienstleistungsgesetz	974
1. Rechtsdienstleistungsgesetz und Rechtsdienstleistungsverordnung – RDV	974
2. Rechtsdienstleistung in Verkehrsangelegenheiten, speziell bei der Schadenregulierung	974
 Teil F. Vertragliche Beziehungen im Verkehrsrecht – „Verkehrsvertragsrecht“	
§ 39 Mandatsannahme und -organisation im Verkehrsvertragsrecht	
I. Das Mandat im Verkehrsvertragsrecht	976
1. Verkehrsvertragsrecht	976
2. Klärung des Mandatsumfanges	976
3. Sichtung der Unterlagen; Abfragen relevanter Informationen	976
4. Beratung/Aufklärung	978
5. Beweissicherung	978
II. Vergütung und mögliche Rechtsschutzdeckung	979
1. Die Vergütung	979
2. Rechtsschutzdeckung	979
 § 40 Der Pkw-Kauf	
I. Verbrauchsgüterkauf	981
1. Rechtsgrundlagen	981
2. Unternehmer	981
3. Passivlegitimation bei Umgehungsgeschäft	982
4. Verbraucher- und Unternehmerstatus nicht disponibel	983
5. Täuschungen über Status	983
6. Existenzgründerfälle	984
7. Doppelstatus (Dual Use)	984
8. Beweislast für das Vorliegen eines Verbrauchsgüterkauf	984
9. Nicht-Verbraucher und Nicht-Unternehmer	984
10. Kauf des Fahrzeugs durch Verbraucher am Ende der Leasingzeit	984
11. Agenturgeschäft	985
12. Verbraucherschutzrechte beim Verbrauchsgüterkauf	985
II. Der Vertragsabschluss	985
III. Einbeziehung von AGB	986
IV. Vertragstypen mit Verbraucher – Widerrufsrecht	988
1. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge	988
2. Verbraucher-Teilzahlungskauf	990
3. Verbundener Vertrag aus Kauf und Darlehen	991
4. Fernabsatz	992
V. Inzahlungnahme	996
1. Kaufvertrag mit Ersetzungsbefugnis	996
2. Doppelkauf mit Verrechnungsabrede	997
3. Getrennte Kaufverträge	997
VI. Nichtabnahme des Fahrzeugs durch den Käufer	997
VII. Sachmangel	998
1. Neufahrzeug	998
2. Gebrauchtwagen	1006
VIII. Ausschluss von Sachmangelhaftungsansprüchen	1021
1. Individualvertragliche Klauseln	1022
2. Klauseln in AGB	1022
IX. Beweislastumkehr	1022

Inhaltsverzeichnis

	Seite
X. Die Sachmangelhaftungsansprüche	1026
1. Ersatzlieferung	1027
2. Nachbesserung	1028
3. Minderung	1033
4. Rücktritt	1033
5. Nutzungsvergütung nach Rücktritt	1034
6. Nutzungsvergütung für nach Kauf montiertes Zubehör	1036
7. Nutzungsvergütung für Überführungs- und Zulassungskosten	1037
8. Schadenersatz zusätzlich zu den Sachmangelhaftungsrechten	1037
XI. Garantie	1037
1. Neuwagen Garantien	1038
2. Gebrauchtwagen Garantien, Gebrauchtwagen Garantiever sicherungen	1040
 § 41 Das Pkw-Leasing	
I. Grundsätzliches, Vertragstypen	1042
1. Verbreitete Modelle und daraus resultierende Rechtsprobleme des Leasings	1042
2. Das Dreiecksverhältnis	1043
II. Verbraucherschutzaspekte	1044
1. Widerrufsrecht	1044
2. Abtretung wirksam ausgeschlossener Sachmangelhaftungsansprüche	1044
III. Inzahlunggabe eines Fahrzeugs	1046
IV. Sachmangelhaftungsansprüche	1046
1. Grundsätzliches	1046
2. Abwicklung	1046
V. Erwerb des Fahrzeugs durch den Leasingnehmer nach Leasingende	1048
VI. Diebstahl des Fahrzeugs während der Laufzeit des Leasingvertrages	1048
VII. Unfall während der Leasingzeit	1048
1. Aktivlegitimation	1048
2. Besonderheiten beim Totalschaden	1049
VIII. Unplanmäßige Beendigung des Leasingvertrages	1049
IX. Planmäßige Beendigung des Leasingvertrages	1050
1. Die Abrechnung des Restwertvertrages	1051
2. Verwertung des Fahrzeugs nach Vertragsbeendigung	1051
3. Die Abrechnung des Kilometervertrages	1052
X. Verjährung	1054
 § 42 Die Pkw-Reparatur	
I. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge sowie Fernabsatz	1055
1. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge	1055
2. Fernabsatz	1056
II. Grundsätzliches, Abgrenzung zum Kauf mit Montageverpflichtung	1057
III. Einbeziehung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	1058
IV. Die finanzierte Reparatur	1059
V. Kostenvoranschlag	1060
VI. Sachmangelhaftungsausschluss	1061
VII. Pflichten des Auftragnehmers	1062
VIII. Pflichten des Auftraggebers	1063
IX. Werkunternehmerpfandrecht und Zurückbehaltungsrecht	1064
X. Sachmangelhaftungsansprüche	1065
XI. Sachmangelhaftung bei „Ohne-Rechnung-Abrede“	1066
XII. Verjährung	1068
XIII. Gerichtsstand	1068

Inhaltsverzeichnis

Teil G. Die Kraftfahrtversicherung

	Seite
§ 43 Mandatsannahme und -organisation im Kraftfahrtversicherungsrecht	
I. Mandatsannahme	1069
II. Vergütung und mögliche Rechtsschutzdeckung	1069
1. Vergütung	1069
2. Rechtsschutzdeckung	1069
§ 44 Rechtsgrundlagen der Kraftfahrtversicherung	
I. Allgemeines und Rechtsentwicklung	1071
1. Der Begriff der Kraftfahrtversicherung	1071
2. Die Rechtsentwicklung	1071
3. Das neue Versicherungsvertragsgesetz	1072
II. KH-Versicherung und internationale sowie europarechtliche Regelungen	1072
1. Verordnung über Internationalen Kraftfahrzeugverkehr (IntVO)	1073
2. Europarechtliche Regelungen zur Harmonisierung der Rahmenbedingungen in der Kfz-Haftpflichtversicherung	1073
3. Der Schadenregulierungsvertreter	1075
4. Sonstige Zielsetzungen in der KH-Versicherung sowie des Pflichtversicherungsgesetzes	1080
III. Die Rechtsgrundlagen des deutschen Versicherungsrechtes	1081
1. Versicherungsvertragsgesetz (VVG)	1081
2. Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG)	1081
3. Pflichtversicherungsgesetz (PflVG)	1082
4. Ausländer-Pflichtversicherungsgesetz (AuslPflVG)	1082
5. Kraftfahrzeug-Pflichtversicherungsverordnung (KfzPflVV)	1087
6. AKB und TB	1088
7. BGB und HGB	1089
8. Internationales Versicherungsrecht und grenzüberschreitende Versicherungsverträge	1089
§ 45 Der Versicherungsvertrag in der Kraftfahrtversicherung	
I. Anwendung des neuen VVG/Überleitungsvorschriften	1092
II. Beteiligte Personen	1092
1. VN und Versicherer	1092
2. Versicherungsvertreter- und -makler	1093
3. Der geschädigte Dritte in der Kfz-Haftpflichtversicherung	1093
4. Mitversicherte Personen	1093
III. Allgemeines zum Versicherungsvertrag in der Kraftfahrtversicherung	1094
1. Vertragsschluss	1094
2. Beginn und Dauer des Versicherungsvertrages	1095
3. Beratungs- und Dokumentationspflichten	1096
4. Informationspflichten	1098
5. Das Widerrufsrecht nach §§ 8, 9 VVG	1100
6. Anfechtung, Rücktritt, Kündigung	1101
7. Divergenz zwischen Antrag und Versicherungsschein	1103
8. Tarifierungsmerkmale	1103
9. Grenzüberschreitende Versicherungsverträge	1103
10. Kaskoversicherung bei Leasingfahrzeugen	1105
IV. Die Pflicht zur Prämienzahlung	1105
1. Allgemeines	1105
2. Erst- und Folgeprämie	1105
3. Rechtsfolgen bei verspäteter Zahlung der Erstprämie	1106

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Rechtsfolgen bei verspäteter Zahlung der Folgeprämie	1106
5. Risikoadäquater Prämienanspruch des Versicherers bei frühzeitiger Beendigung des Versicherungsverhältnisses	1107
V. Vorläufige Deckung	1107
1. Allgemeines	1107
VI. Risikoausschlüsse und -begrenzungen sowie Leistungsfreiheit des Versicherers	1109
1. Primäre Risikobegrenzung	1110
2. Sekundäre Risikobegrenzung	1110
3. Obliegenheiten	1110
4. Vertraglich vereinbarte Obliegenheiten gem. § 28 VVG	1112
5. Gefahrerhöhung gem. §§ 23 bis 27, 29 VVG	1114
6. Die vorvertragliche Anzeigepflicht gem. §§ 19 bis 22 VVG	1115
7. Weitere Obliegenheiten	1116
8. Schuldhaftes Herbeiführen des Versicherungsfalles	1116
9. Anzeigepflichten im Zusammenhang mit Tarifierungsmerkmalen	1117
VII. Verjährung von Ansprüchen aus dem Versicherungsvertrag	1117
1. Allgemeine Verjährungsvorschriften	1117
2. Beginn und Unterbrechung der Verjährung	1118
3. Die Verjährung des Direktanspruchs nach § 115 Abs. 2 VVG	1118
 § 46 Die Kraftfahrthaftpflichtversicherung	
I. Das Mandat in der Kraftfahrthaftpflichtversicherung	1121
1. Das Haftungsverhältnis	1121
2. Das Deckungsverhältnis	1121
II. Allgemeines	1122
1. Die Rechtsquellen	1122
2. Besonderheiten des Vertrages in der Kfz-Haftpflichtversicherung	1122
III. Versichertes Risiko	1124
1. Gegenstand der KH-Versicherung	1124
2. Der Anspruch auf Versicherungsschutz	1126
3. Räumlicher Geltungsbereich	1127
4. Haftpflichtversicherung bei Prüfungsfahrten, Probefahrten, Überföhrungs- fahrten	1127
5. Fahrzeugwechsel	1127
IV. Einschränkungen und Ausschluss des Versicherungsschutzes durch Obliegen- heitsverletzung/Leistungsfreiheit	1127
1. Einteilung der Obliegenheiten	1127
2. Obliegenheitsverletzung vor Eintritt des Versicherungsfalles	1128
3. Obliegenheitsverletzung nach Eintritt des Versicherungsfalles	1133
4. Gefahrerhöhung	1137
5. Herbeiföhrung des Versicherungsfalles	1138
V. Der Repräsentant in der KH-Versicherung	1139
1. Allgemeines	1139
2. Beispiele für Repräsentanteneigenschaft	1139
3. Verneinung der Repräsentanteneigenschaft	1140
VI. Der Direktanspruch in der KH-Versicherung nach § 115 Abs. 1 Nr. 1 VVG	1140
1. Allgemeines	1140
2. Das Verweisungsprivileg	1141
3. Rechtskrafterstreckung	1141
4. Anzeigepflichten des Dritten	1142
VII. Die Deckungsklage in der KH-Versicherung	1142
1. Allgemeines	1142
2. Trennungsprinzip und Bindungswirkung	1142

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VIII. Abwicklung des Versicherungsfalles	1142
1. Regulierungsbefugnis und Prozessführungsrecht des Versicherers	1142
2. Anerkenntnis- und Befriedigungsrecht des VN	1144
3. Verfügungsverbot nach § 108 Abs. 1 VVG	1144
4. Abtretungsrecht nach § 108 Abs. 2 VVG	1144
IX. Kraftfahrthaftpflichtversicherung und internationales Recht	1144
X. Verkehrshilfe e. V.	1145
 § 47 Die Fahrzeugversicherung – Teilkaskoversicherung (A.2.2.1 AKB 2015)	
I. Der Versicherungsvertrag	1147
II. Versichertes Risiko	1147
1. Allgemeines zum Versicherungsschutz	1147
2. Der Versicherungsschutz im Einzelnen	1148
3. Der Versicherungsschutz gegen Entwendung	1153
4. Die Entschädigung bei Totalschaden, Zerstörung und Verlust des Fahrzeuges	1158
5. „Wieder aufgefunden“ Sachen	1159
III. Einschränkung und Ausschluss des Versicherungsschutzes, speziell bei Obliegenheitsverletzungen, sowie vorsätzlicher und grob fahrlässiger Herbeiführung des Versicherungsfalles	1160
1. Allgemeines	1160
2. Einzelfragen zur Kaskoversicherung	1160
3. Folgen der Obliegenheitsverletzung	1162
4. Grob fahrlässige Herbeiführung des Versicherungsfalles	1162
 § 48 Die Fahrzeugversicherung – Vollkaskoversicherung (A.2.2.2 AKB 2015)	
I. Der Versicherungsvertrag	1165
II. Versicherte Ereignisse	1166
1. Unfallschäden	1166
2. Mut- und böswillige Handlungen	1168
III. Ausschluss und Einschränkung des Versicherungsschutzes	1169
1. Allgemeines	1169
2. Einzelfälle der groben Fahrlässigkeit	1169
3. Obliegenheitsverletzungen	1175
IV. Abwicklung der Ansprüche	1176
1. Allgemeines	1176
2. Die Geltendmachung der Entschädigung und speziell Abrechnung nach der Differenztheorie	1177
 § 49 Die Kfz-Unfallversicherung (A.4 AKB 2015)	
I. Die Bedeutung der Kfz-Unfallversicherung	1183
II. Rechtsgrundlagen	1183
1. Allgemeines	1183
2. Vorläufige Deckung	1184
III. Versicherte Gefahren und Personen	1184
1. Gegenstand der Versicherung	1184
2. Unfallbegriff	1184
IV. Versicherte Leistungen	1185
1. Allgemeines	1185
2. Leistung bei Invalidität	1185
3. Leistung bei Tod	1186
4. Krankenhaustagegeld, Genesungsgeld und Tagegeld	1186

Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Fälligkeit	1187
6. Neubemessung des Invaliditätsgrades	1187
7. Sonstiges	1187
V. Einschränkung und Ausschluss des Versicherungsschutzes	1187
1. Ausschluss bestimmter Unfallursachen	1187
2. Ausschluss bestimmter Unfallfolgen	1188
 § 50 Schutzbriefversicherung (A.3 AKB 2015)	
I. Die Bedeutung der Schutzbriefversicherung	1189
II. Rechtsgrundlagen	1189
III. Versicherte Gefahren, Personen und Leistungen	1190
IV. Ausschlüsse und sonstige Leistungseinschränkungen	1191
V. Exkurs: Ansprüche aus der Reparaturkostenversicherung	1192
1. Umfang des Versicherungsschutzes	1192
2. Bedeutung der Versicherung	1192
 § 51 Fahrerschutzversicherung (A.5 AKB 2015)	
I. Die Bedeutung der Fahrerschutzversicherung	1194
II. Rechtsgrundlagen	1194
III. Versicherte Gefahren und Personen	1194
1. Personenschäden	1195
2. Der berechtigte Fahrer	1195
3. Unfälle beim Lenken	1195
IV. Versicherte Leistungen	1196
V. Ausschlüsse und sonstige Leistungseinschränkungen	1197
1. Ausschlüsse	1197
2. Subsidiarität	1198
 § 52 Leistungsfreiheit und Regress in der Kraftfahrtversicherung	
I. Der Regress in der Kfz-Haftpflichtversicherung	1200
1. Der Regress nach § 116 Abs. 1 VVG	1200
2. Weitere Regresstatbestände	1202
II. Der Regress in der Kaskoversicherung	1202
1. Der Regress nach § 86 Abs. 1 VVG	1202
2. Weitere Regresstatbestände	1204
III. Der Regress bei ungerechtfertigter Bereicherung und unerlaubter Handlung	1205
1. Der Regress nach §§ 812 ff. BGB	1205
2. Der Regress nach §§ 823 ff. BGB	1207
IV. Der Regress des Sozialversicherungsträgers	1207
 § 53 Verfahrensrecht in der Kraftfahrtversicherung	
I. Allgemeines	1209
1. Die Besonderheiten des Versicherungsprozesses	1209
2. Checkliste zur versicherungsrechtlichen (prozessualen) Auseinandersetzung	1210
II. Der Versicherungsprozess in der Kraftfahrtversicherung	1211
1. Prozessuale Besonderheiten im Haftpflicht- und Versicherungsprozesses	1211
2. Klageart und Anträge	1213
3. Gerichtsstand, speziell für die Deckungsklage	1213
4. Prozessführungsrecht der klagenden Partei	1214
5. Passivlegitimation	1215
6. Streitwert	1215

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Beweisfragen und Beweislastverteilung im Versicherungsprozess, speziell	
Regressprozess	1215
1. Allgemeines und die einzelnen Fallgestaltungen	1215
2. Beweisfragen im Rückforderungs-, Regressprozess des Versicherers	1216
IV. Klage gegen Leistungsablehnung gemäß § 12 Abs. 3 VVG	1217
V. Sachverständigenverfahren	1217
1. Sachverständigenverfahren, Rechtsgrundlage	1217
2. Das Sachverständigenverfahren	1218
3. Verbindlichkeit/Unverbindlichkeit des Gutachtens	1219
VI. Außergerichtliche Streitschlichtung und Ombudsmann	1219
1. Die mögliche außergerichtliche Streitschlichtung	1219
2. Beschwerde beim Ombudsmann	1219
 § 54 Die Beteiligung von Rechtsschutz in der Kraftfahrtversicherung	
I. Rechtsschutz zum Versicherungsvertragsrecht	1222
1. Der grundsätzlich mögliche Rechtsschutz	1222
2. Ausgeschlossene Rechtsschutzdeckung	1224
3. Die Meldung des Rechtsschutzfalles	1225
II. Der Versicherungsschutz zu einzelnen Arten der Kraftfahrtversicherung	1226
1. Versicherungsschutz für Interessenwahrnehmung aus Versicherungs- verträgen	1226
2. Mitversicherte Personen	1226
3. Der Umfang der Rechtsschutzdeckung	1227
4. Rechtsschutz und Sachverständigenverfahren	1228
III. Der Versicherungsfall bei Streitigkeiten aus Versicherungsverträgen	1228
IV. Die ARB 2012	1229
 § 55 Die Anwaltsvergütung in der Kraftfahrtversicherung	
I. Allgemeines	1231
II. Kosten und Gebühren	1232
1. Außergerichtliche Angelegenheit	1232
2. Gerichtliches Verfahren	1232
3. Sachverständigenverfahren gemäß § 14 AKB	1232
4. Beratung und „erstes Gespräch“	1233
III. Beratungs- und Prozesskostenhilfe	1233
1. Beratungshilfe	1233
2. Prozesskostenhilfe	1235
3. Kostenschutz durch Rechtsschutzversicherung und/oder Gewerkschaft	1237
IV. Gegenstandswert	1238
1. Rechtsgrundlagen des materiellen Streitwertrechtes	1238
2. Gegenstandswert/Streitwert in versicherungsrechtlichen Angelegenheiten	1238
 Anhang Teil G	
1. Mandanteninformation zum Versicherungsrecht	1239
2. Mandanteninformation zur Kraftfahrtversicherung	1242
3. Schreiben an die Kaskoversicherung nach Ablehnung der Kaskodeckung	1247
4. Klage auf Kaskoleistung aufgrund von Entwendung	1248
5. Nichtzahlung der Prämie (Erst- und Folgeprämie)	1250
6. Regress bei Obliegenheitsverletzung vor Versicherungsfall	1254
7. Satzung des Vereins Versicherungsombudsmann e. V.	1269
8. Verfahrensordnung des Versicherungsombudsmanns (VomVO)	1274

Inhaltsverzeichnis

	Seite
9. Anspruchsbegründung nach Obliegenheitsverletzung bei und/oder nach dem Versicherungsfall am Beispiel des unerlaubten Entfernens vom Unfallort (Aufklärungsobliegenheit)	1278
10. Musterklage: Rückforderung wegen Leistung in der Kaskoversicherung	1281

Teil H. Sonstige Rechtsgebiete und Verfahren mit straßenverkehrsrechtlichem Bezug

§ 56 Sozialvorschriften – Lenk- und Ruhezeiten

I. Rechtsgrundlagen	1284
1. EU-Regelungen	1284
2. Europäisches Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR) vom 1.7.1970	1285
3. Nationale Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland	1285
4. Rangfolge	1285
II. Überblick über die Lenk- und Ruhezeiten	1286
1. Anwendungsbereich	1286
2. Begriffsbestimmungen	1286
3. Lenk- und Ruhezeiten	1287
III. Arbeitszeit	1292
1. Angestellte Kraftfahrer	1292
2. Selbständiger Kraftfahrer	1293
IV. Kontrollmöglichkeiten der Behörden	1294
1. Straßenkontrolle	1294
2. Betriebskontrolle	1297
V. Bußgeldvorschriften	1299
1. Überblick über Zuwiderhandlungen	1299
2. Verantwortliche	1301
3. Bedeutung der Bußgeldrichtlinien/Bemessung der Geldbuße	1303
4. Gewerbezentralregister	1307
VI. Prozessuales	1307
1. Verjährung, Verfahrensablauf	1307
2. Kosten und Gebühren	1308

§ 57 Transportrecht, Gefahrgut und LKW-Maut

I. Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG)	1310
1. Begriffsbestimmungen	1311
2. Gewerblicher Güterverkehr	1313
3. Werkverkehr	1321
4. Bundesamt für Güterverkehr	1321
5. Bußgeldvorschriften	1324
6. Kosten und Gebühren	1327
II. Gefahrgut	1327
1. Begriffsbestimmungen	1328
2. Gefahrgutvorschriften im Überblick	1328
3. Beförderung gefährlicher Güter	1331
4. Begleitpapiere	1331
5. Fahrzeug- und Beförderungsarten	1332
6. Sicherheitsausrüstung der Fahrzeuge	1333
7. Kennzeichnung von Gefahrgut	1333
8. Durchführung der Beförderung	1334
9. Gefahrgutbeauftragter	1335

Inhaltsverzeichnis

	Seite
10. Pflichtverletzungen der Beteiligten	1337
11. Verstöße und ihre Ahndung	1339
12. Kosten und Gebühren	1343
13. Nützliche Internet-Adressen für den Bereich Gefahrgutbeförderung	1343
III. LKW-Maut	1343
1. Begriff der Maut	1343
2. Rechtsgrundlagen	1343
3. Mautpflicht	1344
4. Befreiung von der Mautpflicht	1344
5. Mautschuldner	1346
6. Berechnung und Höhe der Maut	1347
7. Erhebung der Maut	1348
8. Pflichten des Mautschuldners	1349
9. Mautkontrollen	1351
10. Mautverstöße und deren Ahndung	1352
11. Kosten und Gebühren	1354
§ 58 Einziehungsverfahren gemäß § 29a OWiG	
I. Entstehungsgeschichte	1355
1. Zweck der Vorschrift	1356
2. Anwendungsbereich	1357
II. Struktur des § 29a OWiG	1357
1. Tatbestandsmerkmale	1357
2. Tatbestandsvarianten	1359
3. Berechnung des Einziehungsbetrags	1362
III. Prozessuales	1368
1. Verfahrensarten	1368
2. Zuständigkeiten, Formvorschriften und Verjährung	1369
3. Sicherungsmaßnahmen	1371
4. Vollstreckung der rechtskräftigen Einziehungsanordnung	1371
IV. Rechtsanwaltsgebühren	1371
§ 59 Neuregelungen durch die Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung	
I. Einführung der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung – eKFV	1373
II. Definitionen	1373
III. Konkrete Anforderungen und Voraussetzungen	1373
1. Technische Mindestausstattung	1373
2. Persönliche Anforderungen an den Fahrer und das Fahrverhalten	1374
3. Versicherungspflicht	1374
4. Haftung der Nutzer	1374
5. Besondere Verkehrsregeln	1375
IV. Offene Rechtsfragen	1375
Sachverzeichnis	1377